

Danziger Zeitung.

Nr 10684.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Insertionskosten für die Beiträge oder deren Raum 20 J. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 30. Novbr. Der „Polit. Correspondent“ wird aus Belgrad von heute gemeldet: Die serbische Regierung hat beschlossen, die Skupstchina für den 15. Dezember nach Krugujevac einzubufen und derselben die serbisch-russische Convention sowie das Budget vorzulegen. Die Belgrader Milizbrigade ist heute nach Saitchar abmarschiert. Der diplomatische Agent Serbiens in Konstantinopel, Christofor, hat neuerdings den Auftrag erhalten, seinen Posten nur dann zu verlassen, wenn er von der Pforte dazu aufgefordert wird.

Petersburg, 30. Novbr. Offizielles Telegramm aus Bogot vom 29. d.: Am 27. und 28. d. hatte das Detachement bei Rostschau nur unbedeutende Vorpostengeschäfte. — In Giurgevo wurde am 27. d. auf der Batterie Nr. 13 durch einen türkischen Schuß vom Fort Gjum ein Pulverkeller gesprengt, welcher 60 Geschosse und 50 Kartätschen-Grenaten enthielt. Eine Traverse und zwei Plattformen wurden dabei zerstört und ein Kanonier mit Erde vollständig überschüttet. Letzterer wurde jedoch sogleich herausgegraben. — Auf dem Schippanapass stand gestern bei klarem Wetter ein lebhaftes Geplänkel statt. Heute herrscht daselbst ein starker eisiger Wind.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 30. November.

Die Beratung des Cultusrats steht vor den Titeln 2—5 des Kap. 124: Gymnasien und Realschulen, welche die Summen für die vom Staate mit Andern gemeinschaftlich zu unterhaltenden, ferner für die von Andern zu unterhaltenden, vom Staat zu unterstützenden Anstalten und außerdem 142 700 M. zur Erfüllung des Normalatats enthalten. Zu diesen Titeln befragten Miquel und Brüel: „Der Staatsregierung zu erklären, die Bewilligung der Positionen im Etat Kap. 124, Tit. 3, 4 und 5 erfolgt mit der Bedenkratung, daß bei Gewährung der daraus fließenden Zusätze nach folgenden Grundsätzen zu verfahren ist: 1) Die Zuschüsse werden möglichst mit Rücksicht auf einen dauernden Bedarf bemessen. Ihre Zulässigkeit wird durch Überschüsse einzelner Jahresrechnungen nicht ausgeschlossen. 2) Bei Schulen, welche von Städten oder anderen Gemeinden zu unterhalten sind, kommt neben der Vermöglichkeit der Gemeinde überhaupt insbesondere das Verhältnis in Betracht, in welchem deren Ausgaben für höhere Schulen zu ihren sonstigen Ausgaben stehen. 3) Die Bewilligung erfolgt in der Regel periodisch auf eine Reihe von Jahren, nach deren Ablaufe die Verhältnisse von neuem geprüft werden. 4) Die Bewilligung kann an die Bedingung gehaftet werden, daß von Seiten der Unterrichtspflichtigen während der Dauer der Bewilligungszeit bestimmte Leistungen zu Gunsten der Schule erfolgen. 5) Die Bewilligung berechtigt, unbeschadet der gesetzlichen Bestimmungen über die Befugnisse der Oberrechnungskammer, zu einer Einwirkung auf die Schulverwaltung nur so weit, daß bei Vermeidung der Zurückziehung oder Rückzug des Zuschusses, Vorlegung von Etat und Rechnung zur Kenntnisnahme gefordert und ordnungsmäßig Erhaltung der Schule, sowie Einhaltung der etwaigen besonderen Bewilligungsbedingungen (Nr. 4) verlangt werden kann.“

Abg. Brüel: Der Gegenstand des Antrages ist ein sehr dringlicher und er greift dem Unterrichtsgesetz nicht vor. Die Klagen über das Zuschußwesen sind allgemeine, besonders lebhaft aber in der Provinz Hannover, wo die Magistratur vor der Annexion sowohl bezüglich der Interna wie der Externa der höheren Schulen nur durch eine sehr milde Überwachung beschäftigte Befugnisse hatten, wo sie dann aber zum Nachteil dieser Schulen, als die allgemeine Schablone auch auf Hannover angewandt wurde, jeden Einfuß auf die Lehrer verloren. Die heutige Art der Ertheilung von Zuschüssen, die an dieselben geknüpfte Befugnisse der Regierung und der Umstand, daß die subventionirten Anstalten ihre sämtlichen Überhälften an den Staat abliefern müssen, führt zur vollständigen Vernichtung des Urteilsrechts der Städte. Die Einmischung der Staatskontrolle geht so weit, daß die Oberrechnungskammer in einem Monumum das lächerliche Verlangen gestellt hat, über den Verbrauch an Dinte einen genaueren Nachweis zu liefern. Die Gewährung von Zuschüssen darf aber nicht von dem Vorhandensein von Überhälften abhängen, weil die Verwaltung sonst zu überflüssigen Ausgaben verleitet wird.

Reg.-Kommissar Voß ist ermächtigt, im Namen der Staatsregierung zu erklären, daß sie dem Antrage in allen wesentlichen Punkten zustimmt. Zur Abhilfe bedarf die Regierung jedoch gegenüber dem Geiste vom 27. März 1872 über die Befugnisse der Oberrechnungskammer eines förmlichen Vermerks zum Staatshaushaltsetat. Die Regierung erklärt sich bereit, zur Verwirklichung des Antrages dem nächstjährigen Etat einen betreffenden Vermerk beizufügen.

Abg. Miquel: Diese Erklärung wird überall im preußischen Staate Freude erregen, zumal sie im Namen der Staatsregierung abgegeben ist, also auch der Finanzminister bei dieser Gelegenheit wieder sein Interesse für das Schulwesen bestätigt hat. Damit auch das Haus seine Zustimmung zu dem materiellen Theil des Antrages ausdrückt, schlage ich Ihnen folgende motivierte Tagesordnung vor: „In der bestimmten Erwartung, daß die Staatsregierung der abgegebenen Ver sicherung gemäß einen dem wesentlichen Inhalt des zur Behandlung stehenden Antrages entsprechenden Vermerk in den nächstjährigen Etat aufzunehmen wird, geht das Haus über den Antrag zur Tagesordnung über.“

Abg. Bernhardi: Der Abg. Brüel hat auch diese Gelegenheit wieder benutzt, um der preußischen Regierung nicht nur einige Radikaltheile, sondern auch recht kräftige Rippenstücke zu versetzen, u. a. auch die Oberrechnungskammer als lächerlich darzustellen. Ich lege Protest gegen eine solche Ausführung ein, deren Wirkungen im Laufe nur unangenehme und peinliche sein können. — Der Präsident bemerkte, daß der Abg. Brüel nicht die Oberrechnungskammer, sondern nur einzelne Monita derselben als lächerlich bezeichnet habe.

Abg. Hoffmann: Die Anträge haben eine größere Tragweite, als die Antragsteller ihnen beigelegt haben. Ihre Annahme bewirkt, daß die Einwirkungen des Staates auf die städtischen Schulen bedeutend beschränkt

werden und ferner, daß die Bewilligungen aus dem Unterstützungs fonds in Tit. 5 viel reichlicher gegeben werden könnten, als das jetzt der Fall ist. Der Staat in seinem Interesse an den Schulen muß an die höheren städtischen Schulen drei Anforderungen stellen: daß nur hinreichend befähigte und hinreichend besetzte Lehrer an ihnen unterrichten, daß Schülertypen und Lehrmittel in vollkommen gutem Stande sind und daß der Lehrplan den Grundsätzen der Pädagogik und den besonderen Berechtigungen der Schulen entspricht und genau durchgeführt wird. Diese Forderungen zu sichern, hat der Staat die Mittel: er bestätigt die Lehrer und hat die Disziplinargewalt über sie; er lädt die Schulen revidieren durch die Departementsräthe; der Lehrplan hängt von seiner Genehmigung ab und er hat das Recht jede Schule aus der Zahl der höheren Lehranstalten ausschließen, wenn sie nicht ordnungsmäßig gehalten werden. Bei den subventionirten Schulen tritt noch eine vierte Forderung hinzu: Der Staat muss notwendig die Sicherheit haben, daß der Bedürfniszuschuß bestimmungsmäßig verwendet wird. Diese Sicherheit dem Staat zu geben, wird durch den Antrag den Communen die Pflicht auferlegt, daß sie ihren Etat und ihre Jahresrechnungen dem Staat vorlegen, der den Zuschuß fürzun und zurückzugeben kann, wenn er nicht bestimmungsmäßig verwendet oder die Schule nicht ordnungsmäßig gehalten wird. Diese Sicherung genügt so sehr, daß wenn jemand das preußische Schulwesen nicht kennt, es ihm schwer fallen würde noch heranzufinden, was überhaupt noch gefordert werden kann. Trotzdem wird aber noch Manches gefordert. Der Staat hat sich an einzelnen Schulen die Besetzung einer oder mehrerer Lehrstellen vorbehalten und an sehr vielen Schulen setzt er sogenannte Compatronats-Commissionen ein, deren Aufgabe nach dem Wort der betreffenden Verordnung die ist, bei Ausübung der Patronatsrechte überall mitzuwirken und dabei die Rechte des Patrons in keiner Weise zu schmälen, eine Aufgabe, die wohl eine unlösbare sei.

(Sehr richtig!) Was kann nun der Staat für Gründe haben, solche Bedingungen aufrecht zu erhalten, wenn volle Sicherheit gegeben wird, daß die Zuschüsse bestimmungsmäßig vermaut werden? Hat er nicht die stärksten Gründe, diese Bedingungen zurückzunehmen und dadurch die Opferwilligkeit der Communen, welchen der preußische Staat mehr als die Hälfte seiner Schulen verdankt, zu erhalten und womöglich noch zu steigern? Oder besitzt der Staat etwa die Mittel, die Schulen zu übernehmen? Und wenn er es thäte, könnte er dann die wohlthätige Wirkung ersehen, welche die lebendige Theilnahme einer Bürgerschaft an ihren Schulen auf das Gedächtnis ihrer Schüler ausübt? Nun, alle diese Bedingungen würden befehligt werden, wenn der Antrag angenommen wird. Allerdings giebt es unter den subventionirten Schulen auch solche, bei denen der Beitrag des Staates beinahe die Hälfte des Gesamtbetrags oder noch mehr beträgt. Da der Antrag sich, wie er vorliegt, auf diese Schulen nicht anwenden ließe, müßte er an die Unterrichtscommission vermiesen werden. — Die Art der Kostenabrechnung für die höheren Schulen in Preußen hat seit vielen Jahren zu schweren Klagen Anlaß gegeben, erstmals wegen der Geringschätzung der Staatsbeiträge und dann wegen ihrer ungleichen Verteilung. Wie sagt in seinem Buche „das höhere Schulwesen in Preußen“, dat. 1869 in den acht alten Provinzen der Staat 32 pl. und die Communen 68 pl. zu den Gesamtkosten der Schule beitragen. Aus unserem jetzigen Etat geht aber, wenn auch nicht mit solcher Genauigkeit, her vor, daß jetzt die Beiträge des Staates denen der Communen mindestens gleichvielen. Wenn die Staatsbeiträge sich in gleicher Progression steigern, dann kommen wir zur Staatschule, einem Resultat, daß mit der jetzigen Tendenz der Decentralisation und Selbstverwaltung nicht vereinbar ist. Diesen Klagen schließe ich mich also nicht an; anders ist es mit derjenigen über die Unmöglichkeit der Vertheilung. Diese ist so arose, daß 1875 der Staatsbeitrag in einer Provinz 79 pl. und in einer anderen nur 27 pl. der Gesamtkosten betrug. Einzelne Städte erhalten vom Staat für ihr Schulwesen gar nichts, andere Alles. Das sind Verhältnisse, die ohne nennenswertes Eingreifen nicht weiter bestehen können. (Sehr richtig!) Vorschläge, diesen Missständen abzuhelfen, kommen nach der allzeitigen Meinung des Hauses nur von der Staatsregierung ausgehen; deshalb haben wir gebürgt auf das Unterrichtsgesetz gewartet und für das Interimstitut der Staatsregierung einen Dispositionsfonds für diese Zwecke gegeben. Das Unterrichtsgesetz ist bis jetzt nicht vorgelegt und die Bewilligungen aus dem Titel 5 für die nothleidenden Anstalten sind nur sehr spärlich erfolgt. Unter solchen Umständen ist es ein lobenswertes Beginnen, wenn man die beiden Hindernisse, welche der Verwendung dieses Fonds entgegenstehen, zu beseitigen sucht. Für die Bewilligung von Zuschüssen soll nach dem Antrage das Verhältnis der Schulausgaben einer Commune zu ihren sonstigen Ausgaben maßgebend sein. Dadurch werden allerdings die großen Städte künftig nicht mehr von vornherein ausgeschlossen. Diese Prüfung wird aber zu gleichen öfter weitläufigen Erörterungen führen, wie diejenigen, durch welche ich so lange den armen Communen und Lehrern die Wohnungsgeldzuschüsse vorerhalten worden sind. In diesem Punkte geht der Antrag nicht weit genug. Die Staatsregierung müßte Bewilligungen aus Tit. 5 lediglich nach der Erwägung geben, daß die betreffenden Anstalten leistungsfähig und in gutem Zustand erhalten werden, und sich nicht irre machen lassen durch den Eigeninn der Communen, die wohl mehr zahlen könnten, aber nicht wollen. Der Eigeninn von Communen wie Görlitz, Hannover u. a. ist erklärlich, wenn man die bisherigen Aufwendungen dieser Städte für ihre Schulen in Betracht zieht, und bedenkt, daß sie nur auch fernere Ausgaben leisten sollen, während andere Städte, die für ihr Schulwesen lang sorgten, alles leicht vom Staat erhalten. Meine Meinung über die Anträge ist also die: wenn diejenigen, die die Bewilligungen aus Tit. 5 beträfen, würde ich ohne Weiteres für die Anträge stimmen; da sie sich aber auch auf die Titel 3 und 4 beziehen und hierfür nicht genügend vorbereitet sind, möchte ich ihre Prüfung durch die Unterrichtskommission wünschen, auch jetzt noch, nach der so entgegenkommenden Erklärung des Regierungskommissars. Denn in einem Punkte geben die Anträge mir, wie gesagt, nicht weit genug und sodann ist aus die Durchführung des Antrages auch nur nach der finanziellen Seite zugesichert worden. Die Rechtsverhältnisse auf dem Gebiete des höheren Schulwesens sind so überaus unklar, daß jeder

Minister ohne irgend ein Gesetz zu verletzen, die Communen dahin bringen kann, daß sie für ihr Geld ein schönes Schulhaus bauen, daß sie dann, wenn sie es abgeben, eine Belohnung oder auch einen Tadel erhalten, daß sie darauf den Schlüssel überliefern und von Stund an über ihre Schule nichts mehr zu sagen haben. So wie sich also Aussicht bietet, einen Theil dieser Rechtsverhältnisse zu führen — und das ist durch die Regierung geschehen — haben wir die Pflicht, diese Aussicht zu erfassen. (Lebhafte Beifall.)

Das Haus tritt der vom Abg. Miquel eingebrochenen motivierten Tagesordnung einstimmig bei.

Es folgt Kap. 125: Elementar-Unterrichtswesen 18 895 534 M. Auf die Petitionen betreffend Religionssunterricht wird bei dieser Beratung keine Rücksicht genommen werden, da eine eingehende Diskussion über dieselben für den nahe bevorstehenden Bericht der Petitions-Commission vorbehalten wird.

Abg. v. Lyskowksi beschwerte sich darüber, daß durch die Verordnung des Jahres 1873 die polnische Sprache auch aus der Elementarschule der polnisch redenden Landesteile als Unterrichtssprache ausgeschlossen worden sei; dadurch daß man die polnische Nation unbedingt mache, werde eine Aussöhnung der nationalen Gegenseite gewiß nicht herbeigeführt. Die deutsche Unterrichtssprache werde für das polnische Volk immer unverständlich bleiben und der redliche und intelligente Theil der Bevölkerung der Provinz Preußen halte die Verhältnisse von 1872 für falsch und verderblich. Die polnische Sprache müsse notwendigerweise in der Elementarschule wieder eingeführt werden.

Abg. Mabrau's wider spricht dem sehr entschieden. In ganz Mauren, speziell von den evangelischen Polen, ist die Verordnung von 1873 mit der grössten Befriedigung aufgenommen worden und sie wirkt dort vorzüglich. Die polnisch sprechenden Eltern wünschen, daß ihre Kinder schnell und gründlich deutsch lernen und ihr Wunsch geht bei einem redlichen Willen, unter dem wohlthätigen Einfluß der weltlichen Schulinspektion, vor Allem aber bei dem anfallenden Sprachtalent der polnischen Kinder rasch in Erfüllung, rascher als deutsche Kinder das Polnische erlernen würden. Der Vortrag der biblischen Geschichte findet in den unteren Klassen erst dann in deutscher Sprache statt, wenn die Kinder derselben mächtig sind; auf den oberen Stufen wird der Religionsunterricht auch polnisch ertheilt. Die Regierung muß im Interesse ihrer Angehörigen wünschen, daß sie die Landessprache vollkommen beherrschten, — Eine neulich gefallene Neuordnung, daß es mit unserer Volkschule nicht zum Besten bestellt sei, ist jedoch deudet worden, als ob die Volkschule unter dem Minister Falk Rückschritte gemacht habe. Das ist aber durch und durch falsch, denn es ist gerade unter seinem Ministerium ungeheuer viel für die Entwicklung der Volkschule und der Lehrerbildung geschehen. Seit 1871 sind 29 neue Schullehrer-Seminare gegründet worden und wir hatten im Dezember 1876 über 2000 Seminaristen mehr als 1870. Aus unseren Alstern jährlich 650 Seminaristen mehr hervor als früher, so daß die jetzt noch oder unzureichend besetzten Stellen in nicht zu ferner Zeit mit tüchtigen Kräften ausgestattet sein werden. Auch für die Präparanden-Anstalten ist sehr gut gesorgt worden, und es ist nur zu wünschen, daß die Regierung in allen Provinzen solche Anstalten errichte. Die Zahl der Volkschulen, welche in methodisch-didaktischer Beziehung die Ideen Pestalozzi's und Diesterweg's immer mehr und mehr aufnahmen, ist ebenfalls vermehrt worden. Unter von jeher treffliches Schulwesen hat sich unter dem Minister Falk noch glänzender gestaltet, und auch die vielfach angegriffene weltliche Schulansicht hat bereits gute Erfolge aufzuweisen. Die evangelische Volkschule ist wohl eine Tochter der Kirche, aber eine erwachsene und mütige Tochter, die jetzt auf eigenen Füßen stehen kann und muss.

Geb. Rath Wöhld: Über die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in den polnischen Volkschulen haben die Regierungen einstimmig durchaus günstig berichtet. Um Lebzeiten ist die Verordnung erst seit 4 Jahren in's Leben getreten, und es kann daher noch nicht Alles erreicht worden sein, was man damit bezweckt hat. Erst im Jahre 1881, in welchem die von Anfang an nach der Verordnung unterrichteten Kinder die Schule verlassen werden, wird man ihren Erfolg übersehen können. Auch die Berichte der Kreisschulinspektoren und Schulräte lauten günstig.

Abg. v. Wendt: Das Centrum will durch seine Reden und Agitationen nicht die Autorität des Staatsgesetzes untergraben, im Gegenteil beweist die Statistik der Verbrechen und Vergehen, die von Personen unter 18 Jahren begangen sind, daß das Regime des Ministers Falk nicht günstig auf den Einfluß der Schulen gewirkt habe, denn die Verbrechen haben sich gegen 1869 von 664 auf 1025, die Vergehen von 5951 auf 9627 vermehrt.

Das Schwinden des religiösen Lebens und das Zagen nach materiellen Genüssen hat ja auch schon bei liberalen Männern, wie Treitschke, Schulte und Wehrenpfennig, Bedenken erregt. Und was hat der Minister für die Erhaltung des Religionsunterrichtes gethan?

Das stiftliche Gefühl der Kinder muß ja erstickt werden, wenn sie leben, wie die Geistlichen für Handlungen, für die sie bestraft werden, in's Gefängnis wandern müssen. Der Religionsunterricht ist auf 4 Stunden beschränkt; das ist nicht der Weg zur Belebung des Gefühls für Sittlichkeit. Die Centrumsparler will eine streng confessionelle Schule, und mit welchem Nachdruck die Katholiken das Ziel verfolgen, zeigen die gestern angeführten Beispiele aus den westlichen Provinzen, wo die Töchter in das Ausland geschickt wurden, um eine streng religiöse Erziehung zu erhalten. Das ist nur zu loben, und wenn die Mädchen damit einer nationalen Erziehung entzogen wurden — nun, was bei einem Mädchen nationale Erziehung beitreten soll, das geht etwas über meinen Horizont. (Große Heiterkeit. Sehr wahr!) Ich begreife, daß man von nationaler Politik, Wissenschaft und Poësie spricht; aber ein nationales Weib, das verstehe ich nicht. (Große Heiterkeit.) Die Weiblichkeit und Unzucht des Weibes spricht der Schranken aller Nationen, sie beruht auf dem Christenthum und deshalb ist eine christliche Erziehung die Hauptfache für das Weib. Sehr richtig im Centrum. Große Heiterkeit. Das Unterrichtsgesetz, welches durchaus kein Parteidoktrin sein soll, kann nur dann geistlich wirken, wenn solche Neuerungen wie die des Abg. v. Meyer-Arnswalde im Hause an Boden gewinnen; das war so der Durchbruch des natürlichen Menschenverständes.

(Stürmische Heiterkeit.) Wenn man immer sagt, daß der Staat ohne Maigesetze zu Grunde geht, so fällt mir dabei der Wit ein, den man im Reichstage gemacht hat, als man das Cratiner der staatlichen Basis mit dem Wackeln eines Ministers verwechselt. (Ruf: Das soll ein Wit sein?) Nicht dem gehört die Zukunft, dem die Schule gehört, sondern dem, dem die Herzen gehören; da uns die Herzen der Jugend noch für eine geraume Zeit gehören, so können wir mit vollen Seelen abwarten, was da kommt. Wir sind auch müde des Kampfes und würden lieber Frieden haben, aber wir sind nicht so müde, daß wir Frieden machen um Deut auf! (Beifall im Centrum.)

Abg. Schläger: Was nationale Erziehung sei, kann zwischen uns und den Ultramontanen niemals ausgemacht werden, aber vor dem, was der Vorredner als christliche Erziehung empfohlen hat, wolle uns Gott bewahren, und wenn er meint, daß bei dem weiblichen Geschlechte der nationale Sinn nicht gepflegt werden dürfe, so bat er ja die Antwort schon in dem Geläuter des Hauses gefunden. Jedenfalls muß außerkannt werden, daß die Unterrichtsverwaltung mehr gespart hat, als vorher. Aber beauerlich bleibt doch, daß noch einige Tausende von Lehrstellen nicht besetzt sind. Die Präparanden-Anstalten haben gut gewirkt, aber der Mangel noch nicht ganz gedeckt; ebenso die Vermehrung der Seminarien für Volkschullehrerinnen.

Geb. Rath Schneid: Die Zahl der ordnungsmäßigen Lehrer- und Lehrerinnenstellen betrug im Juni d. J. 56 659, gegen 1875: 2153, gegen 1871: 3466 mehr. Die Zahl der nicht ordnungsmäßig besetzten Stellen hat sich aber nicht vermehrt, sondern ist stehen geblieben, und das ist schon ein deutlicher Fortschritt, der eine baldige gänzliche Beteiligung des Lehrermangels erwartet läßt. Denn es sind nicht nur einzelne Lehrstellen zu befreien, sondern auch Klassen zu teilen gewesen; besonders mußte die Strömung des Bevölkerung verfolgt und die Lehrerzahl in den grösseren Städten vermehrt werden; damit wurde aber keine Stelle auf dem Lande überflüssig. In den Volkschullehrerinnen-Seminarien befinden sich im Dezember v. J. 470; es ist eine neue Anstalt errichtet worden, und es wird im nächsten Jahre eine für Schleswig-Holstein neu errichtet werden. (Beifall.)

Abg. Bachem: Der Unterricht hat für uns zwei Seiten, eine unterrichtliche und eine erziehliche; in Bezug auf die erste hat man Fortschritte gemacht, in den letzteren aber entschiedene Rückschritte, das zeigt die zunehmende Robheit der Schuljugend. Redner geht auf die im „Staatsanzeiger“ veröffentlichte Antwort des Cultusministers auf die Immediateingabe von 18 Abgeordneten ein und bestreitet ihn, daß Recht in katholischen Gegenden den confessionellen Charakter der Volkschule ohne Weiteres aufzuheben; irgendein evangelischer Schulinspektor für katholische Schulanstalten angestellt, in den Städten, wo das evangelische Element, wenn auch nicht numerisch, so doch social das Uebergewicht hat, Simultananschulen eingerichtet — in Köln und Düsseldorf habe man dies freilich nicht gestattet, jedenfalls weil die Agitation der Katholiken eine zu energische war — bei Köln ertheile sogar ein evangelischer Lehrer katholischen Religionsunterricht. Der Minister hat für seine Behauptung, daß die Clericalen den Culturkampf in die Schule tragen, auf den Fall verwiesen, daß ein Knabe, daß ihm in der Schule geschenktes Bild des Kaisers in schändlicher Weise mißhandelt habe. Der Lehrer in der betreffenden Schule ist mit der Gemeinde so zerfallen und hat deren stiftliche Achtung so sehr verschärzt, daß die nicht sehr bemittelte Gemeinde den Mann mit vollem Gehalt pensionieren wollte, um ihn nur los zu werden. Aus solchen Händen wollten die Kinder nichts annehmen, und so lehrt sich die Spitze dieses Falles mehr gegen die Regierung, als gegen die Ultramontanen. Was die nationale Erziehung betrifft, so ist doch darunter wohl nur eine deutsche zu verstehen. Und da können Sie ganz ruhig sein, die westlichen Provinzen sind echt deutsch, wenn auch hr. Aegidi sich genügt gesehen hat, ihnen erst einen deutschen Charakter zu vindiciren; das hätte er gar nicht nötig gehabt. Wenn die nationale Erziehung aber eine patriotische sein soll, so läßt sich diese nicht einimpfen und eindringen, dafür ist die erste Bedingung, daß man sich im Vaterlande wohl fühle; wenn aber unter der nationalen Erziehung eine nationalliberale verstanden werden sollte, so werden wir mit aller unserer Kraft dieser Widerstand leisten. (Beifall im Centrum.)

bisherigen Weise. (Widerspruch im Centrum.) Natürlich nur die dazu legitimirten Geistlichen, die Legitimationsertheilung zum Eintritt in die Schule ist stets ein Recht des Staates gewesen. Was aber in solchen Verhältnissen die Klage über zunehmende Verwildering auf Ihrer Seite? Der Culturskampf äußert seine ersterne Wirkung noch nicht in der Schule, sondern erst in einem späteren Lebensalter. Früher hat allerdings durch die Convenienz des Staates das gesammte Schulwesen in den Händen der Geistlichkeit gelegen. Glückslicherweise ist das vorbei. Der Gottesdienst gehört nur der Religionsunterricht, nicht aber in einem paritätischen Staate auch die Realschächer. Diese dienen ja nicht zur Erweiterung der ewigen Seligkeit, sondern für das irische Leben. Sie liegen über Staatsomnipotenz. Wenn Sie darunter die in Ermangelung eines organischen Unterrichtsgesetzes mit der Geheimschaft ausgestatteten Verordnungen verstehen, welche den Unterricht regeln, so hat eine solche Staatsomnipotenz auch in der von Ihnen so sehr gelobten Reaktionssperiode nach 1848 bestanden. Die eklige Ordnung der Schule war stets Sache des Staates. Bei der Beratung des Unterrichtsgesetzes werden wir also fordern, daß der Religionsunterricht unter die Leitung der Religionsgesellschaft gestellt werde. Wie eine Religionsgesellschaft zu definieren sei, ob als eine hierarchische Ordnung oder als eine Gesamtheit freier Religionsgemeinden, das ist in einem paritätischen Staate eine schwierige Frage, die wir beim Unterrichtsgesetz nicht von rein konfessionellem Standpunkte aus werben können können, wie ich überhaupt wünschen muß, daß in diesen Angelegenheiten ein leidenschaftloser, mehr objektiver Ton beobachtet werde.

Die Discussion wird geschlossen. Einige persönliche Bemerkungen werden weniger gemacht als verachtet, da Vicepräsident Klop in allen Fällen rasch mit Geschäftsförderung und Glosse den Beschwerdeführern in's Wort fällt.

Avg. Seyffardt constatirt auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen in Treselb, daß die paritätischen Schulen alle Erwartungen, die man von denselben gehabt, in vollstem Maße erfüllt, zum Theil übertroffen haben. Sie gestalten den rein confessionellen Religionsunterricht, und schließen den Confessionalismus von allen Realitätern aus, in die er nicht hineingehört. Hervorgerufen sei die Bewegung für die paritätischen Schulen in Rheinland durch das dringende Bedürfnis, ein Mittel zu finden, um den confessionellen Frieden wiederherzustellen. Nachdem die ultramontane Partei eingesehen, daß ihr Widerstand gegen diese Schulen auf Grund rechtlicher Deduction sich nicht aufrecht erhalten lasse, habe sie plötzlich eine Frontänderung vorgenommen und behauptet jetzt, ihr Gewissen verlange, daß alle Unterrichtsgegenstände von katholischem Geiste getragen und in katholischem Sinne gelehrt werden müssten. Diese Forderung habe sofort auch auf orthodox-protestantischer Seite ein Echo gefunden und diese Vereinigung beider Extreme beweise am besten, daß der Wunsch nach priesterlicher Herrschaft auf der einen Seite ebenso groß sei, wie auf der anderen. Wohin diese confessionelle Schule führen würde, das sei auf Katholikenversammlungen offen ausgesprochen. Ihr Zweck sei nicht allein die Anerkennung der päpstlichen Unfehlbarkeit, sondern auch die Verbreitung des Götzen- und Fetischdienstes von Marpingen; man wolle in der Jugend jedes patriotische Gefühl entzünden und sie in erster Linie zu Römern, in zweiter erst zu Preußen und Deutschen erziehen. Vor der Herbeiführung dieses Zustandes werde die paritätische Schule das Volk bewahren und den häßlichen confessionellen Hader, der gegenwärtig die Bevölkerung trennt, in gegenseitige christliche Dulbung und Liebe austreiben. (Beifall.)

Avg. Windhorst (Meppen) weist mit Entschließung den Vorwurf unpatriotischer Gestaltung zurück. Als Katholik gehörte er dem Papste, aber das hindere ihn nicht dem Vaterlande zu dienen und diese Beharrung, wenn es sein müsse, mit dem Tode zu besiegen.

Zu Tit. 15 - Schulauflösungen - verlegt Avg. Thoms, das die Zahl der geistlichen Schulinspektoren sich immer mehr verringere. Nach Erlass des neuen Schulauflösungsgesetzes würde die Volkschule nur noch eine Dressuranstalt für Reichsfreunde nach heutigem Muster sein. Der Staudpunkt der Majorität in der Schulfrage ist ein verderblicher und wenn dies erst im Lande erkannt sein wird, so wird man nur noch in's Centrum wählen. (Heiterkeit). Bei Erneuerung zu Schulinspektoren wird auf die Großthaten im Culturskampfe gesehen. Noch in letzter Zeit ist ein solcher culturläufiger Schulinspector in trunkenem Zustande von der Schuljugend auf einer Karren geladen und vor das Haus des Ortsvorstehers gefahren worden. (Große Heiterkeit). Unser Partei hat in diesen Dingen den weiteren Gesichtskreis. (Ruf: sehr weiter! bis Rom!)

Avg. Hollenbeck wünscht, daß die Kreisschulinspektoren nicht nur aus dem Kreise der Theologen und Philologen, sondern auch aus dem Elementarschul-lehrer ernannt werden mögen.

Die Debatte wird hierauf auf Sonnabend vertagt.

Hanß, 1. Dezember.

Im Abgeordnetenhaus hat gestern der Avg. v. Lyskowksi geklagt über die schädliche Wirkung, welche der Regierungserlass von 1873 auf die Schulen der Provinz Preußen dadurch geäußert habe, daß er die polnische Sprache aus dem Unterricht verbanne, während doch die deutsche dem Verständniß der Kinder nicht zugänglich sei. Wir hoffen, daß der Erlass von 1873 eins der Mittel sein wird, um vorläufig der deutschen Sprache bei uns wieder so viel Terrain zu gewinnen, als sie vor einem Menschenalter bereits inne hatte. In den verschiedenen Bezirken Westpreußen kann man die Erfahrung machen, daß auf dem Lande die ältere Generation des Deutschen hinreichend mächtig ist; daß jüngere Geschlecht aber, das seit den fünfzig Jahren die Schule verlassen hat, spricht nur polnisch. Seit Ende der vierziger und Anfangs der fünfzig Jahre wurde die Schule bei uns eine Polonisierunganstalt, und zwar durch Begünstigung von Seiten der Regierungsbürokratie. Die besonderen katholischen Schulräthe, die wir seit jener Zeit hatten, arbeiteten im Verein mit der katholischen Geistlichkeit dahin. Auch heute geschieht da, wo die Personen von früher noch wirkten, noch manches Derartige trotz des "Culturskampfes". Ein gut römischer und polnischer Schullehrer hat an manchen entscheidenden Stellen viel eher auf Begünstigung, auf Förderung in eine bessere Stellung zu rechnen, als ein deutschgeübter. Der Cultusminister hat Prämien ausgesetzt für die Lehrer, welche in utraquistischen Schulen besonders günstige Erfolge im deutschen Unterrichte aufzuweisen haben. Es sollen Fälle vorgekommen sein, wo diese Prämien gerade in die Hände der eifrigsten Agitatoren für das Polenthum gerathen. So ist es für manche Lehrer noch heute "klüger", gegen die heutigen Intentionen der Staatsregierung als für sie zu wirken. Sehr häufig werden aber die Überzeugungen der Menschen durch solche äußere Gründe beeinflußt. Seit Jahren ist es ja etwas besser geworden, und wir können hoffen, daß wir allmälig wieder dahin kommen, wo wir einst gewesen sind. Den

Klagen unserer Mitbürger polnischer Zunge wird man keine Berechtigung zusprechen können; die Muttersprache soll ihnen ja nicht genommen werden, sie wird der Uebung und Pflege des Hauses überlassen; es ist für einen modernen Staat nötig, daß die heranwachsende Jugend die amtliche Sprache so weit verstehen lernt, um ein nütliches Glied für den Gesamtorganismus abgeben zu können. Daß die deutsche Sprache dem Verständniß der polnischen Kinder zugänglich gemacht werden kann, beweist die hundertfach gemachte Erfahrung.

Das Haus beschäftigte sich ferner mit dem Antrage Brüel-Miquel, die den Städten gewährten sogenannten Bedürfniszuschüsse für ihr höheres Unterrichtswesen so zu regeln, daß sie weder der städtischen Selbstverwaltung noch dem Interesse der fraglichen Schulen selbst zu nahe treten. Die Begründung durch den ersten Antragsteller hätte dem Antrage nur schaden können. Nach dem Entgegenkommen des Reauerungscommissars und Dank der vom Abg. Miquel darauf eingebrochenen und zur Annahme gelangten Tagesordnung, welche die Regierung bei ihrer Zusatzfesthalt, kann man wohl sagen, daß wenigstens ein Anfang gemacht ist, um unlieidliche Beschwerden und Gefahren für die preußischen Städte abzuwenden.

Die "Kreuzzeitung" hat von unterrichteter Seite her zu wissen behauptet, daß der Reichstag am 1. Februar eröffnet werden solle. Dem gegenüber wird offiziell bemerkt, daß eine genaue Bestimmung dieses Termins so lange unmöglich ist, so lange sich einerseits nicht erkennen läßt, wann der Landtag wenigstens mit den wichtigsten seiner Arbeiten fertig werden wird und wann andererseits die Vorarbeiten für den Reichstag so weit vorgerückt sein werden, daß man den Reichstag vollauf beschäftigen kann. Ein zweites befinden sich die Vorarbeiten für den Reichstag noch in einem solchen Stadium, daß der Einberufungsstermin noch nicht festgestellt werden kann. Die Regierung bietet Alles auf, die Einberufung des Reichstags noch im Januar zu ermöglichen.

In der ersten sächsischen Kammer ist am 26. November von particularistisch-deutsch-conservativer Seite ein beleidigender Angriff gegen die preußische Justiz erfolgt. Nach dem offiziellen Bericht des "Dresden Journal" hat der Kammerherr v. Planitz gesagt: "Bürgermeister Dr. Georgi habe wiederholt das Beispiel Preußens vorgehalten, während doch gerade auf dem Gebiete der Justiz Preußen in den letzten Jahren eingebüßt habe. Die Zeiten seien vorüber wo es geheißen habe: „il y a des juges à Berlin.“ Man könne mit Genugthuung sagen, daß in Sachsen ein Prozeß Arnim, eine Eisenbahntcheidung wie die Lübeder nicht möglich gewesen wäre." Nach anderen Nachrichten hat die Rede noch viel beleidigender für die preußische Justiz gelautet. Der Justizminister Abele hat kein Wort der Abwehr gegen diesen Angriff auf den gesamten Richterstand eines verbündeten und befreundeten Landes, oder befremdeten Länder, um nicht Lübeck auch, wie Herr v. Planitz in seiner Rede, für Preußen zu annexiren."

Der in Rede stehende Angriff richtet sich so gründlich von selbst, daß nach den tapferen Worten einiger nationalliberaler Männer in den sächsischen Kammern nichts mehr zu thun bleibt. Aber der Einblick, der sich bei dieser Gelegenheit in den kostbaren Grossen der sächsischen Tore des wider Preußen geöffnet hat, ist nicht ohne Belang. Ein zweites freilich macht diese ohnmächtige Wuth mehr einen komischen als einen tragisch-bedrohlichen Eindruck. Allein dieser unauslöschliche Hass, ja diese offensive Feindseligkeit der höchsten Gesellschaftskreise des Königreichs Sachsen gegen den an der Spitze des deutschen Reiches stehenden Staat, und zwar noch 8 Jahre nachdem Sachsen heutiger König an der Seite des Königs von Preußen auf Frankreichs Schlachtfeldern gekämpft, hat doch eine nicht unbedenkliche Seite. In einem Augenblide, da Preußen sich in loyalster Weise den Beschlüssen der gesetzgebenden Factoren betreffs des Reichsgerichts, der Begünstigung Sachsen gegenüber über Preußen fügt, hätte in Dresden das einfachste Schicklichkeitss Gefühl von solch häßlichen Rundgebungen abhalten sollen. Daß es nicht geschehen, trübt auch den vertrauensvollen Optimisten überzeugen, wie man in diesen Kreisen, sobald man nur die Macht zur Verwirklichung der eigenen Wünsche besäße, sich durch Rücksichten der Loyalität gegenüber der heutigen Gestaltung Deutschlands wahrlich nicht daran hindern lassen würde. In der That, es wäre eine verhängnisvolle Verblendung, wollten Diejenigen, welche diese Gestaltung Deutschlands herbeigeführt haben und immer mehr zu bestätigen bestrebt sind, die Gefahr gering achten, welche in solcher Weise, wenn auch gewöhnlich unter der Oberfläche, fortbesteht. Und dennoch ist dies nur schon zu sehr geschehen. Dieselben Herren, aus deren Reihen die unerhörten Invectiven gegen Preußen ausgehen, figurirten s. B. spätere unter den ersten Namen der sog. deutsch-conservativen Partei, jener Partei, welche nach der "Nordb. Allg. Ztg." berufen sein sollte, an Stelle der bisherigen Majorität des Reichstags der Politik der Regierung eine compacte und zuverlässige Stütze zu dienen. Die jetzt in der sächsischen ersten Kammer eröffnete Perspective mag alle, die es angeht, belehren, wohin eine derartige Parteibildung führen würde. Es heißt, die Natur der Dinge vollständig verklären, wenn man sich der Hoffnung hingibt, die alten conservativen Parteien, d. h. in erster Linie den Adel der Einzelstaaten zum Hauptträger der Reichspolitik machen zu wollen. Die Thatache, daß die nationale Neuschöpfung ganz vorzugsweise und mit rücksichtsloser Begeisterung getragen worden ist und noch heute getragen wird von dem freisinnigen deutschen Bürgerthum, läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Sie ist in Sachsen soeben aufs Neue erhärtet, und es mag das Denjenigen zur Lehre dienen, welche in der Meinung, dem Reiche zu nützen, die deutschconservative Agitation gegen dieses freisinnige Bürgerthum geübt haben. Zugleich aber sei die Fortschrittspartei in Preußen, welche von dem preußischen Richterstand doch auch wohl heute noch eine recht hohe Meinung hat, zu einer aufmerksamen Beachtung der Dresdener Vorfälle eingeladen. Nationalliberale Männer waren es, welche zur Beleidigung des preußischen

Richterstandes sich erhoben. Die Fortschrittspartei in Sachsen aber fand seit Jahren ihre Hauptaufgabe darin, im öffnen oder geheimen Bündnis mit den Genossen der Herren v. Planitz, v. Erdmannsdorf u. s. w. auf die Vernichtung der national-liberalen Partei auszugehen. Wie meinen, das gäbe zu denken.

Welche guten Dienste die sächsische Fortschrittspartei in den particularistischen Befreiungen der sächsischen Regierung leistet, ersehen wir auch in einer vom 27. November datirten offiziellen Dresdner Correspondenz in der Wiener "Pol. Corr." Dort heißt es u. Ä.: "Da hat sich nun bis jetzt mit Sicherheit herausgestellt, daß bei den letzten Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer die Conservativen mehrere Sitze gewonnen, die National-liberalen aber solche verloren haben, während die Fortschrittspartei so ziemlich ungefähr aus den Wahlen hervorgegangen ist. Die Conservativen werden mit Unterstützung des gemäßigten Fortschritts stets die Majorität in der II. Kammer haben, und zwar insbesondere in allen Fällen, wo es sich um Unterstützung der Politik unserer gegenwärtigen Regierung handelt. Das hat sich, wie gesagt, bereits als zweifellos herausgestellt. Nächstens ausführlicheres über diese erstaunliche Thatache."

Die neapolitanischen Bourbonen scheinen sich mit Victor Emanuel aussöhnen oder doch Waffenstillstand mit ihm schließen zu wollen. Nach der "Post" soll die italienische Regierung entschlossen sein, der königlichen Familie der Bourbons von Neapel einen Theil der bei der Annexion eingezogenen Privatgüter zurückzugeben.

Das Schicksal Plewna's betrachtet man allgemein als besiegt. Nach dem Falle von Plewna wird sich die russische Macht — so will die "Pol. Corr." wissen — einerseits gegen Russland andererseits gegen den Balkan wenden, um, wenn möglich, noch in diesem Jahr nach Rumelien hinabzusteigen. Als Hauptgründe dieser Operationen werden die durch die finanziellen Verhältnisse motivierte Notwendigkeit einer baldigen Kriegsbeendigung und der Vorheil eines raschen Vorgehens angeführt, welches der Türkei keine Zeit zur Vorbereitung einer letzten verzweifelten Abwehr in Rumelien ließe. Unter dem Eindruck des Falles von Karls und Plewna würde ein mit 80-100000 Mann ausgerichteter Balkan-Uebergang die Türkei fast mehrlos finden und man würde ohne große Schwierigkeit bis vor die Thore Konstantinopels gelangen. Außerdem glaubt man auch der Möglichkeit einer Aenderung in der politischen Constellation Europas bis zum Frühjahr durch eine rasche Action begegnen zu können. Auf einen Waffenstillstand — so wird von russischer Seite ausgeführt — werde Russland nach dem Falle von Plewna sich nicht einlassen, überhaupt auch in der Folge keinen Waffenstillstand acceptiren, der nicht schon den Frieden in sich schließt.

Deutschland.

△ Berlin, 26. Novbr. Die Budgetcommission hat bezüglich der Mittel zur Herstellung der Bauten behufs Durchführung der Justizorganisation beantragt, die Position in das Extraordinarium in folgender Fassung einzustellen: "Bauschauamt zur Vorbereitung und theilweisen Herstellung derjenigen Bauten, welche für die Durchführung der Justizorganisation voraussichtlich erforderlich werden, einschl. der Erwerbung der erforderlichen Baupläne: 12 870 000 Mt." Die Regierung glaubt verbrauchen zu können: für Bauten von Gerichten und Gefängnissen in 48 Ortschaften 19 422 000 Mt. Diese Kosten verteilen sich auf die einzelnen Provinzen wie folgt: Ostpreußen 990 000 Mt., Westpreußen 1 215 000 Mt., Berlin 5 Millionen Mt., Brandenburg 1 153 000 Mt., Pommern 400 000 Mt., Bremen 1 402 000 Mt., Schlesien 3 105 000 Mt., Sachsen 1 055 000 Mt., Hannover 1 560 000 Mt., Westfalen 1 872 000 Mt., Hessen-Nassau 1 120 000 Mt., Rheinprovinz 50 000 Mt. Daron sollen im Jahre 1878/79 verbraucht werden 10 670 000 Mt., ferner für Amtsgerichte in demselben Zeitraum 2 Millionen Mt. und für provisorische Unterkünftsräume und Kosten zur Vorbereitung der sämtlichen Bauten, für welche die Pläne noch fehlen, 200 000 Mt.

— Gestern fand unter dem Vorsitz des Kämmerers Stadtrath Runde eine Sitzung der städtischen Finanz-Deputation zur Beratung über die nächste städtische Anleihe statt. Auf Grund des Berichtes des Kämmerers an den Magistrat erklärte sich die Deputation damit einverstanden, daß die Anleihe in Höhe von 35 Millionen Mark gemacht und das dieselbe dazu bestimmt sein soll, für die Wasserwerke, die Canalisation, den Viehhof und die Schlachthäuser, das Irrenhaus, das Arbeitshaus und die Brücken die in den Jahren 1878 bis 1880 erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Ferner wurde einmuthig beschlossen, den Zinsfuß auf 4% Proc. den Amortisationsbetrag auf 1 Proc. jährlich der Anleihe unter Zufügung der erparierten Zinsen, den Anfang der Amortisation auf das Jahr 1881 und die Zinszahlungs-Termine auf den 1. Januar und 1. Juli jeden Jahres festzusetzen. Eine längere Debatte veranlaßte die Frage der Begebung der Anleihe. Da über diese Frage zur Zeit eine Bechlußnahme nicht stattfinden kann, weil die Ausgabe der Anleihe vor dem Frühjahr nicht möglich ist, so wurde schließlich beschlossen, nach Genehmigung der Anleihe durch den Staat über die Modalitäten der Begebung derselben in Beratung zu treten, indem den Kämmerer zu ersuchen, so zeitig als möglich in Betreff der Unterbringung der Anleihe Verhandlungen einzuleiten. Der Magistrat wird nunmehr seine Anträge an die Stadtverordneten-Versammlung gelangen lassen.

— Die nationalliberale "Magdeburg. Ztg." schreibt über die Auslassungen der "Prov. Corr." wegen des "Welfenfonds": "Es scheint, daß die Regierung den fortschrittlischen Anträgen gegenüber einen streng abwehrenden Standpunkt einnehmen will. Daß sie dazu ein geheimes Recht hat, ist nicht bestritten worden. Eine andere Frage, welche wir bejahen möchten, ist es, ob es nicht im öffentlichen Interesse liegen würde, wenn die Regierung sich bestimmten ließe, alle verlangten Aufschlüsse über die Art und Weise der Verwendung des Fonds zu geben, so weit die selben gemacht werden können, ohne daß dadurch der Gang unserer auswärtigen Angelegenheiten gestört wird. Durch eine solche offene Darlegung der Verhältnisse würde eine sehr ergiebige Quelle von Verleumdungen, die unser ganzes öffentliche Leben vergift, verstopt werden. Aus diesem Grunde namentlich halten wir die Regierung in ihrem eigenen Interesse, wie in dem des Landes moralisch für verpflichtet, jene Aufschlüsse zu geben."

— Im 1. Trierer Wahlkreis ist an Stelle des Grafen von Hompesch, welcher sein Mandat niedergelegt hat, der Ober-Tribunal-Rath v. Forcade de Biaix zum Mitgliede des Reichstages gewählt worden. Derselbe erhielt 13 839 Stimmen, während auf den liberalen Gegencandidaten, Gutsbesitzer Andre nur 1206 fielen.

* Die Nichtigkeitsbeschwerde des Dr. Guido Weiz gegen das ihn zu 3 Monaten Haft verurteilende Kammergerichtsberkenntnis ist vom Obertribunal heute zurückgewiesen worden. Es ist der berühmte Bertheilung wegen „indirekter“ Majestätsbeleidigung, die durch einen Artikel der "Wage" begangen sein soll, in welchem das "Dreikaiserbündnis" kritisiert wird, das Dreikaiserbündnis, von welchem Fürst Bismarck bekanntlich im Parlament erklärt hat, daß es nie bestanden.

— Heute Vormittag hat das alte Consortium dem Finanzministerium sein Gebot, betreffs Übernahme von weiteren 50 Millionen Mark Preußischer 4 prozentiger consolidirter Anleihe abgegeben.

* Die Wochen-Ausweise der deutschen Zettelbanken vom 15. d. M. schließen mit folgenden summarischen Daten ab: Es belief sich der gesamte Kassenbestand auf 626 936 000 Mt., d. i. der Vorwoche gegenüber mehr 9 983 000 Mt., während der Wechselbestand im Betrage von 626 196 000 Mt. eine Abnahme um 5 009 000 Mt. und die Lombardsforderungen mit 81 966 000 Mt. eine solche von 493 000 Mt. nachweisen; ferner hat sich der Notenumlauf um 14 533 000 Mt. auf 860 901 000 Mt. vermindert, während die sonstigen täglichen fälligen Verbindlichkeiten mit 162 660 000 Mt. ein Wachsthum um 18 876 000 Mt. die an eine Kündigungstricht gebundenen Verbindlichkeiten aber mit 66 036 000 Mt. einen Rückgang um 201 000 Mt. constatiren.

Dortmund, 27. Novbr. Bei den gestern Abend beendeten Stadtverordnetenwahlen 3. Abtheilung ist der noch nicht dagewesene Fall eingetreten, daß die liberalerseits aufgestellten Kandidaten von den vereinigten Ultramontanen und Socialdemokraten vollständig geschlagen worden sind. Dortmund, bisher immer ein Hort freiheitlicher Gesinnung, hat sechs Ultramontane und einen Socialdemokraten gewählt. Dagegen siegten bei den Wahlen 2. Abtheilung sämtliche 5 Kandidaten der Liberalen.

Dresden, 30. Novbr. Die zweite Kammer hat den Antrag des socialdemokratischen Avg. Freytag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Landtagswahlen in der Schlussberatung mit allen Stimmen gegen eine abgelehnt. (W. T.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. Nov. Der Ausgleichsausschuss hat die Bestimmung, daß die Zölle in Gold zu entrichten seien, angenommen. (W. T.)

Schweiz.

Bern, 27. Novbr. Be treffend die in Frankfurt a. M. geschehene Befreiung der Gotthardbahn-Direction mit dem Finanz-Consortium verlaufen hier, letzteres habe für die Abnahme der vierten Obligation-Serie im Betrage von 20 Millionen als Bedingung gestellt, daß diese Summe so wie die 48 Millionen der drei ersten Serien durch eine erste Hypothek auf die Bahn gesichert würden. — Am 31. December d. J. erfolgt der Schluß der Spielfäle in Saxon. Der Fiscus des Cantons Wallis erleidet damit einen Einbuße von 70-85 000 Fr., was jedoch gegenüber dem Gewinn, welcher der öffentlichen Moral aus dieser Maßregel erwächst, nicht in Betracht kommen kann.

Frankreich.

Paris, 29. November. Der Minister des Innern hat offizieller Meldung zufolge Befehl gegeben, die Ausgabe der deutschen und österreichischen Blätter nicht mehr, wie in der letzten Zeit aus thörichter Laune beliebt wurde, um einen halben Tag zu verzögern, sondern prompt nach ihrem Eintreffen zu bewerkstelligen. — In der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften kam die Frage, wie die von der Phylloxera verwüsteten Weinberge neu zu bepflanzen sind, zur Sprache. Bekanntlich hat das System der aus Amerika zu beziehenden Weinstöcke bestige Gegner, welche behaupten, daß die P

England.

London, 28. Novbr. Der "Globe" erhebt bittere Klage darüber, daß zwei bei Feliche in russische Hände gerathene junge Ärzte, Douglas und Bachell, wie Gefangene behandelt, nach Petersburg geschickt werden sollten, während sie nach der Genfer Convention sofort in Freiheit gesetzt werden mußten. Nach anderen Berichten erfreuen sich die jungen Leute allerdings der besten Behandlung. Der Vater des einen hat an Lord Loftus nach Petersburg telegraphirt, daß er seinem Sohne die Freiheit verschaffen möge, und "Globe" fordert Lord Derby auf, dieses Verlangen energisch zu unterstützen. — Die Maurer aus Canada sind vom Strike-Comitè ihren Brotheren abgesetzt gemacht und nach Paris geschickt worden. Die Prinzipale halten ihre Werkzeuge als Pfand für ihre contractlichen Ansprüche zurück und haben deren Herausgabe auch dem französischen Consul verweigert. Zehn deutsche Maurer sind wieder auf eigene Kosten herübergekommen und in Arbeit getreten.

— 30. Novbr. Auf dem gestern zu Ehren der Ernennung Smith's zum Marineminister stattgehabten Banket sprachen Smith und Groß sich dahin aus, daß eine möglichst schnelle Beendigung des russisch-türkischen Krieges wünschenswerth sei, und hoben zugleich hervor, daß die englische Regierung bereit sei, zwischen den Kriegsführenden zu vermitteln, wenn sich die Gelegenheit dazu biete.

Dänemark.

Copenhagen, 27. Novbr. Die beiden Abtheilungen des Reichstages haben ihre Sitzungen allerdings wieder aufgenommen, jedoch beschäftigten dieselben sich mit sehr untergeordneten Gegenständen und die Mitglieder der beiden Things zeigen ein so geringes Interesse für die Verhandlungen, daß im Folkething gestern von 102 Mitgliedern nur 56 und im Landtag von 66 nur 40 Mitglieder anwesend waren. Vor dem bevorstehenden Wiederbeginn der Budgetverhandlungen steht ein regeres parlamentarisches Leben kaum zu erwarten.

Russland.

Petersburg, 30. Novbr. Das Ministerium für Wege und Verkehrsanstalten veröffentlicht einen Bericht über die zum Zweck der Erleichterung des Eisenbahnverkehrs getroffenen Maßregeln. Danach ist das rollende Material bis zum 1. October 1877 vermehrt um 228 Locomotiven und 4834 Waggons; ferner sind bestellt und bis zum 1. Mai 1878 zu liefern 416 Locomotiven und 9400 Waggons. Außerdem hat die große russische Eisenbahn-Gesellschaft einen Zuwachs von 100 Locomotiven und 3000 Waggons und die Odessaer Eisenbahn einen solchen von 67 Locomotiven und 1380 Waggons erhalten. Das Ministerium hat Befehle erlassen, um die Waaren vor Nässe zu bewahren. — Der englische Arzt Lazare ist mit 7 barmherzigen Schwestern, welche den Wunsch ausdrücken, vorzüglich russische Verwundete zu pflegen, heute hier eingetroffen. (W. T.)

Türkei.

Konstantinopel, 29. Novbr. Die englische Flotte, welche angewiesen war, die Besita-Bai zu verlassen und vor Smyrna oder Malta zu überwintern, hat Befehl erhalten, in der Besita-Bai zu bleiben. (W. T.)

Numänen.

Bukarest, 30. Novbr. General Ignatief wird auf der Reise nach dem Hauptquartier morgen hier erwartet. Großfürst Alexis befindet sich auf der Durchreise hier. (W. T.)

Asien.

* Nach Mittheilungen aus Japan hat die Cholera, deren Ausbruch in der Stadt Yokohama unlängst gemeldet wurde, an Ausdehnung zugenommen. Aus allen Theilen des Landes und namentlich aus den Küstenstrichen treffen Nachrichten über das Auftreten der Seuche ein, so aus Nagasaki, Nagasaka, Kobe, Osaka, Hakodate. Besonders heftig soll dieselbe unter den aus Satsuma zurückgezogenen und gegenwärtig in Hiogo befindlichen Truppen sich zeigen. Ueber die Entstehung der Krankheit sind die Meinungen getheilt. Die einen behaupten eine Einschleppung aus Shanghai, die Anderen einen ursprünglichen Ausbruch unter den Truppen in Satsuma. Thatssache ist, daß die Epidemie auch in diesem Falle den Verkehrs- und Handelswegen gefolgt ist und sich besonders längs der Küste verbreitet hat. Amtlichen Feststellungen aufs folge betrug die Gesamtzahl der bis zum 5. October in Yokohama und nächster Umgebung vor gekommenen Cholerafälle 574, von denen 233 einen tödlichen Verlauf nahmen. Die dortige deutsche Colonie war bis dahin von der Epidemie verschont geblieben, ebenso wird der Gesundheitszustand der Mannschaften S. M. Schiffe "Elisabeth" und "Nautilus", welche im Hafen von Yokohama vor Anker liegen, als vorzüglich bezeichnet. In Tokio starben bis zum 8. October von 204 Cholera-kranken 97. Die gesundheitspolizeilichen Maßnahmen der japanischen Behörden sind umfassend und energisch. So ist in Yokohama die Beerdigung verstorbenen Japaner gänzlich untersagt. Sämtliche Leichen werden auf einem vor der Stadt errichteten Scheiterhaufen verbrannt. Auch sollen die Truppen für's erste nicht nach Yokohama bezw. Tokio in die Garnisonen zurückkehren, sondern in der Nähe von Hiogo in Quarantaine bleiben.

Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Petersburg, 30. Novbr. Nach einer hier eingegangenen telegraphischen Nachricht aus Borodino haben die Türken am Montag von Russland aus Globesia und Giurgewo lebhaft bombardirt. Die russischen Batterien brachten die türkischen Kanonen indessen zum Schweigen.

Konstantinopel, 29. Nov. Ein Telegramm Suleiman Paschas aus Nasgrab, 28. d. berichtet über eine größere türkische Reconnoisirung, welche am Dienstag von Kadiki aus mit 40 Bataillonen Infanterie, Capallerie-abtheilungen und 8 Batterien in der Richtung auf Erstenik und Metzka unternommen wurde. Bei derselben sei es zu einem mehrstündigen heissen Kampfe mit den an Zahl fast gleich starken russischen Abtheilungen gekommen. Letztere hätten sich zuerst gegen Erstenik zurückziehen müssen, später aber, nachdem die Russen Verstärkungen erhalten, seien die Türken genötigt gewesen, sich in der Defensive zu halten. Am folgenden Morgen kehrten die Reconnoisirungsgruppen nach Kadiki zurück. Der Verlust der Türken betrug 8 Offiziere

und 208 Mann tot, 43 Offiziere und 602 Mann verwundet. — Zu derselben Zeit griff, wie das Telegramm Suleiman's weiter meldet, eine gegen Pyrgos entstandene Reconnoisirungsabtheilung die Russen an und zwang dieselben ihre Befestigungs Werke von Pyrgos bis Metzka aufzugeben; die Russen erhielten indessen auch hier Verstärkungen, so daß die Türken sich wieder zurückziehen mußten. Hierbei verloren die Türken 74 Tote und 250 Verwundete.

— 30. Nov. Nach hier vorliegenden Nachrichten ist der zum Commandanten der Reserve-armee ernannte Neou Pascha in Adrianopel angekommen und mit der Herstellung eines Lager-für 50 000 Mann beschäftigt. Gub Pascha hat das Commando bei Schipka übernommen. Der Schneefall im Balkan ist stärker geworden. (W. T.)

Danzig, 1. Dezember.

* So weit bis jetzt der Erfolg der von einer Anzahl hiesiger Firmen im Interesse der Erhaltung der Danziger Privat-Aktienbank eingelegten Abwehr-Agitation gegen die Berliner Todtenträger-Projekte zu übersehen ist, darf man die Erwartung hegen, daß der speculative Versuch der Berliner Börsenkreise dasselbe Schicksal erfahren wird, wie das vor einer Reihe von Jahren in's Werk gesetzte gleiche Project. In den Händen der Unterzeichner des kürzlich an dieser Stelle beprochenen Aufrufs befinden sich ca. 200 Aktien; über 100 Aktien, die sich in den Händen anderer Auflösungsgegner befinden, sind bei dem Comité angemeldet. Außerdem aber ist ein weiterer Kreis von Männern, welcher sich zwar dem erwähnten Comité bisher noch nicht angehlossen hat, aber nach unserer Information ebenfalls fest entschlossen ist, gegen die Auflösung der Bank zu stimmen, im Feste einer größeren Anzahl von Aktien. Es darf also mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß hier allein 400 Aktien gegen das durchsichtige Berliner Project ins Feld geführt werden. Dieser Stimmenzahl müßten die Berliner mehr als 1200 Aktien entgegenstellen, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Dass ihnen dies gelingen sollte, ist ziemlich unwahrscheinlich, zumal bei dem jetzigen niedrigen Course von den Freunden des Instituts noch fortwährend Aktien gekauft werden und die hiesigen Aktien-Inhaber insfern im Vortheil sind, als jede Aktie das Stimmrecht gewährt, der Übertragung des Stimmrechts einer höheren Anzahl Aktienbesitzer auf einen einzelnen Bevollmächtigten aber durch das Statut eine bestimmte Grenze gesetzt ist. Die Erkenntnis von dem Verhältnis des Instituts für die Entwicklung unserer gesamten Handelsverhältnisse bringt sich erfreulicher Weise in immer weiteren Kreisen Bahn. Man weiß, daß verschiedene Zweige unseres Handels in ihrem Aufblühen wesentlich durch die Bank gefördert sind, ihr dasselbe zum Theil fast allein verdanken. Die für den gesammten Geldmarkt zeitweise verhängnisvolle unglückselige Bankkrise in Stettin vermag dem hiesigen Institut gegenüber die Auflösungsbestrebungen nicht im Geringsten zu bedenken. Dasselbe hat schon viel schwierigere und tiefe in das wirtschaftliche Leben eingreifende Krisen ohne Erschütterung seiner Sicherheit überstanden und ist bei dem Stettiner Krach fast ganz unberührte. Noch weniger kann die Lauenburger Affäre den Fortbestand des Instituts erschüttern. Es ist schon hervorgehoben, daß man es hier mit einem System absichtlicher Täuschungen zu thun hat, welches erst durch die hiesige Privatbank aufgedeckt und zur Verfolgung gebracht ist. Es kann durch den hierbei erlittenen Verlust im schlimmsten Falle jedoch nur die diesjährige Division den Actionären verloren gehen. Aber auch diese Ausdehnung des Schadens ist nach der bisherigen Gestaltung der Sachlage nicht mehr zu befürchten, da sich aller Wahrscheinlichkeit nach das Geschäft günstiger abwickeln wird, als man Anfangs annnehmen mußte. Mag dem indeß sein, wie ihm wolle, in jedem Falle bleibt das gesammte Aktienkapital von 3 Mill. M. sowie der Reservefond von 750 000 M. vollständig unberührt. Selbstverständlich haben die erwähnten Vorgänge den Verwaltungsrath veranlaßt, die gesammte Geschäftsführung der Bank einer sorgfältigen Revision zu unterziehen, wobei sich sowohl in Bezug auf die von der Verwaltung befolgten Grundätze wie in Bezug auf Buchführung und Controle durchaus befriedigende Resultate ergeben haben. Es wird uns ferner versichert, daß Rückdiscontirungen, wie sie z. B. bei der zusammengekürzten Ritter-schaftlichen Privatbank eine so große Rolle spielen, bei der hiesigen Bank niemals vorgenommen sind, daß sie im Gegenteil selbst in den Zeiten großen Angebotes von Disconten steis rundweg abgelehnt worden sind. — Ein Antrag auf Liquidation der Bank ist übrigens bis jetzt weder bei dem Verwaltungsrath noch bei der Direction eingegangen.

* Der Magistrat hatte vor einigen Wochen eine Anzahl Landparzellen in Ohra, zusammen 36 Hectare, dem städtischen Lazareth gehörig, zum Kaufe ausgeschrieben, da die bisherige Pachtmuzung keine besonders befriedigenden Resultate ergeben hatte. Die abgegebenen Kaufangebote scheinen jedoch ebenfalls nicht befriedigend ausgeschlagen zu sein, denn es ist vom Magistrat die Befreiungsertheilung abgelehnt und die Wiederverpachtung der Parzellen beschlossen worden.

* Der Seconde-Lientenant Schramm vom westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 57 ist für die Zeit vom 1. Dezember d. J. bis zum 1. October d. J. zur Dienstleistung bei der hiesigen Gewehr- und Munitionsfabrik commandirt.

* Der Unterrichtsminister hat den ihm von Bezirkeregierungen angegangenen Anträgen auf Bewilligung von Remunerations für commissarische Lokal-Schulinspektoren keine Folge gegeben. Die vom Staate mit der Lokalschulaufsicht einstweilig beauftragten könnten keinen Anspruch darauf erheben, daß ihnen aus Staatsmitteln eine Bewilligung zu Theil werde, sondern hätten die ihnen obliegenden Verpflichtungen als die Erfüllung eines ehrenamlichen Auftrags anzusehen. Jedenfalls könnten die unter Umständen zu gewährenden Remunerationen weniger eine Vergütung für wahrnehmende Geschäfte als ein billiger Erfatz barer Auslagen sein.

* Vom 10. Januar 1878 ab tritt im direkten Verkehrs zwischen den Stationen Bromberg, Thorn, Danzig, Elbing, Königsberg und Gydauhausen einerseits und den Stationen Leipzig und Dresden andererseits eine Erhöhung der Gepäck-Ueberfracht für die Ostbahnenstreifen ein.

* Herr Chemiker Schröder, dessen frühere Experimental-Vorträge sich teils einer regen Theilnahme

seitens unseres Publikums zu erfreuen hatten, wird am Montag, den 3. Dezbr., wiederum im Apollo-Saal des Hotel du Nord eine Reihe instruktiver Abendunterhaltungen beginnen. Die Vorführung interessanter Experimente vermittelst bedeutender galvanischer Apparate wie die eigenartige Darstellung der "Wunder der unsichtbaren Welt" in ihrer überraschenden Formen und Farbenpracht werden gewiß auch dies Mal nicht verfehlen, dem kostspieligen Unternehmen den verdienten Besuch zu führen.

* [Polizeibericht.] Verhaftet: Der Matrose S. wegen Entlausens vom Schiff mit Heuer-Borshuk; der Arbeiter A. wegen Diebstahl; 17 Obdachlose, 2 Vertrümpfe, 4 Dirnen, 3 Bettler, 5 Personen wegen nächtlicher Raubstörung. — Gestohlen: Den Päckchen B. in Beyerlin aus seinem Stalle mittels Einbruch 1 Buchenwallach; der Frau D. ein silberner Vappelöffel, gez. N. F. L. O. — Ein Straßenansatz entfloh am 30. Okt. im Lazarettgang in Folge einer Schlägerei zwischen den Schuhmacher D'schen Eleuten. — Gestern Vormittags wurde in der Redaam am Heumarkt die Leiche der 16jährigen Aufwärterin R. aus Altshottland ohne Spuren äußerer Verletzung gefunden und nach dem Leichenhaus geschafft. Strafantrag ist gestellt: gegen die Arbeiterfrau B. wegen Haussiedenbruchs; gegen den Kleiderhändler B. wegen Betruges; gegen den Schuhmacher D. und den Händler D. wegen Misshandlung; gegen die Witwe Sch. wegen Haussiedenbruchs. — Gefunden: 1 Thürschnepper am Langgasser Thor; 1 Portemonnaie mit etwas Geld und verschiedenen Papieren in einem Hausflur der Büttelgasse.

* Elbing, 30. Nov. Der Petitionenkrieg um das Landgericht zwischen den Kreisen Elbing und Marienburg gewinnt jetzt mehr und mehr an Lebhaftigkeit. Neuvertrags hat sich auch der hiesige Kreis-Ausschuß entzlossen, gegen die in zahlreichen Petitionen aus den Kreisen Marienburg und Stolzenburg erbetene Verlegung des projizierten Landgerichts Elbing nach Marienburg beim Abgeordnetenhaus vorstellig zu werden. — Das Telefon, in dessen Besitz wir der Nachbarstadt Danzig etwas voraus sind, erregt auch hier in hohem Grade das öffentliche Interesse. Dr. Postdirector Ziegler hat das vielversprochene Instrument auf dem Posthofe angebracht und zeigt und erklärt es dort in der Mittagszeit vor zahlreichen Versammlungen, die sich dazu stets einzufinden. Gestern und vorigestern hatten sich zwischen 150 und 200 Personen eingefunden. Gestern ist nun auch die ca. 2 Kilom. entfernte Bahnhofs-Telegraphenstation mit dem hiesigen Bahnhofe in Verbindung gebracht.

Rheeda, 29. November. Auf unserm Bahnhof verschwand am Sonnabend aus dem Posttor, in dem die Postsachen kurz vor Ankunft des Busses auf den Perron gebracht werden, ein Beutel mit 1500 M. Der Unterbeamte soll sich einige Augenblicke von dem Korb entfernt haben. Der betreffende Beamte mußte seine Leichtfertigkeit mit sofortiger Entlassung aus seiner Stellung büßen. (W. B.)

* Der Referendarius Bölprecht in Marienwerder ist zum Gerichts-Assessor ernannt.

* Brandenb., 30. November. Der hiesige Kreistag hat gestern beschlossen, auf das ihm zustehende Recht der Präsentation eines Candidaten für die erledigte Landratsstelle zu verzichten, dagegen an die Regierung das Ansuchen zu richten, daß dieselbe zum Landratsamt-Berweiser den Assessor Conrad aus Danzig ernenne. Ein Antrag des Bürgermeisters Pohlmann, zur Vorbereitung der Candidaturfrage einen Ausschuß niederzusetzen, wurde erst mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen, bei wiederholter Abstimmung aber abgelehnt, worauf von diesen und mehreren anderen Kreistagsmitgliedern gegen jede Beschlußfassung Protest eingelegt wurde.

* Der Landrat v. Brünn aus Rosenberg, der provvisorische Vorsitzende des Curatori der Landstummenanstalt zu Brandenb., hat die Vertreter der bertheiligen acht Kreise zu einer Sitzung am 4. Dezember in Brandenb. eingeladen, beabsichtigt die neugewählten Curatori, sowie zur Regulierungsgesetz über die Verwaltung der Anstalt während des vergangenen Jahres und Erledigung der sonstigen Geschäfte.

* Königsberg, 30. Novbr. Die provinzielle Ausstellung von Lehrarbeiten ist zwar für den Besuch der Interessenten bereits geöffnet, den Einleiterstermin hat der gewerbliche Central-Verein jedoch bis zum 10. Dezember verschoben, um auch noch den sog. "Nachzügern" Gelegenheit zur Ausstellung und Theilnahme an der Prämierung zu nehmen. — Dr. Regierungsrath Marcinowski hat Königsberg bereits verlassen müssen, um seine neue Stellung im Finanzministerium anzutreten. Dadurch verliert der gewerbliche Central-Verein seinen eigentlichem Begründer und verdienstvollen Vorsitzenden, der zu erlösen eine recht schwierige Aufgabe der bevorstehenden Delegierten-Versammlung zu Tilsit bilden wird.

* Nach den neuesten Patent-Publicationen ist einem Herrn B. & Löw zu Tilsit ein Reichspatent auf einen Proprietäter eigener Construction verliehen worden.

- I nowrazlaw, 29. Novbr. Am 24. d. Mon. fand hier selbst ein Kreistag statt. Auf denselben kam zunächst die Angelegenheit, betreffend die Schiffsmachung der Reze wiedergeschafft zur Sprache. Dem Kreistage lag nämlich ein Antrag der l. Regierung in Bromberg auf Bewilligung von 26 185 M. vor. Es ist dieser Betrag eine Quote der von den Kreisen Bromberg abgelehrten Summe. Den andern Theil des Beitrages soll der Kreis Schubin übernehmen. Der hiesige Kreistag hat den verlangten Posten bewilligt, jedoch unter der Bedingung, daß das ganze Projekt bis zum Goplosee ausgeführt werde. Der Kreis erachtet sich indeß an seine Öfferten nur für die nächsten 6 Jahre gebunden, in der Voraussetzung, daß in dieser Zeit das ganze Project bis zum Goplosee zur Ausführung gelangt. Wie bekannt, hatte die Staatsregierung in ihrer jüngsten Vorlage die Schiffsmachung der Reze nur bis zum Anschluß an die Oberschlesische Eisenbahn bei Ause in Aussicht genommen. In Folge dessen hatte der hiesige landwirtschaftliche Verein in seiner letzten Sitzung am 7. d. M. eine Petition an den Landtag gerichtet, in welcher um Ausführung des ganzen Projects gebeten wird. Die Petition war am 17. d. M. Gegenstand der Verhandlung in der Budgetcommission, die einstimmig den Besluß faßte, bei der Staatsregierung die Ausführung des ganzen Projects sowie die Bewilligung der hierzu erforderlichen ersten Rate von 1 Mill. M. statt der ausgeworfenen 600 000 M. zu beantragen.

- I nowrazlaw, 29. Novbr. Am 24. d. Mon. fand hier selbst ein Kreistag statt. Auf demselben kam zunächst die Angelegenheit, betreffend die Schiffsmachung der Reze wiedergeschafft zur Sprache. Dem Kreistage lag nämlich ein Antrag der l. Regierung in Bromberg auf Bewilligung von 26 185 M. vor. Es ist dieser Betrag eine Quote der von den Kreisen Bromberg abgelehrten Summe. Den andern Theil des Beitrages soll der Kreis Schubin übernehmen. Der hiesige Kreistag hat den verlangten Posten bewilligt, jedoch unter der Bedingung, daß das ganze Projekt bis zum Goplosee ausgeführt werde. Der Kreis erachtet sich indeß an seine Öfferten nur für die nächsten 6 Jahre gebunden, in der Voraussetzung, daß in dieser Zeit das ganze Project bis zum Goplosee zur Ausführung gelangt. Wie bekannt, hatte die Staatsregierung in ihrer jüngsten Vorlage die Schiffsmachung der Reze nur bis zum Anschluß an die Oberschlesische Eisenbahn bei Ause in Aussicht genommen. In Folge dessen hatte der hiesige landwirtschaftliche Verein in seiner letzten Sitzung am 7. d. M. eine Petition an den Landtag gerichtet, in welcher um Ausführung des ganzen Projects gebeten wird. Die Petition war am 17. d. M. Gegenstand der Verhandlung in der Budgetcommission, die einstimmig den Besluß faßte, bei der Staatsregierung die Ausführung des ganzen Projects sowie die Bewilligung der hierzu erforderlichen ersten Rate von 1 Mill. M. statt der ausgeworfenen 600 000 M. zu beantragen.

- Jagdkalender für den Monat December. Nach den Bestimmungen des Jagdschongesetzes vom 26. Februar 1870 dürfen in diesem Monat geschossen werden:

Männliches und weibliches Roth- und Damwild, Wildkübel, Rehböcke, Hasen, Auer-, Birk-, Fasanen-, Hähne und Hennen, Enten, Trappen, Schnecken, Sumpf- und Wasser-vögel, Wachteln, Haselwild und in der ersten Hälfte des Monats Ricken.

Dagegen sind mit der Jagd zu verhindern:

Der Dachs, Rehähnchen, Rehfüller und in der zweiten Hälfte des Monats Ricken.

Danzer Jagd- und Wildschutz-Verein.

Permisshes.

Berlin, 30. Nov. Eine Säbelmenur zwischen zwei Studenten fand vor einigen Tagen in einer Privatwohnung in der Wilhelmstraße statt. Schon waren einige "Blutige" zu registrieren, als plötzlich die Säbel-

linge des einen Paunkanten brach und der abgebrochene Theil derselben dem Secundanten des Gegenpaunkanten in das Gesicht flog. Leider wurde das rechte Auge derselben getroffen und so schwer verletzt, daß wenig Aussicht vorhanden ist, es zu erhalten.

— Heimbering welche in Görlitz bekanntlich das Unglück hatte, auf der Bühne zu sterben und sich zu verleben, ist, wie bereits gemeldet, hierher zurückgekehrt. Bei seiner Ankunft erfuhr er von einem seiner Freunde eine Postkarte, welche lautete: "Der Trost, die schönste aller Gaben — Im Pech, hülle! Deine Schmerzen ein: — Man muß nicht stets gefallen haben, — Man muss auch mal gefallen sein."

[Geldner Typen.] Eine Pariser Fabrik, welche das Patent zur Erzeugung des „unzersetzbaren Glases“ erworben hat, erzeugt seit einiger Zeit verschiedene Typen aus gehärtetem Glas. Die Versuche sollen ausgezeichnet gelungen sein und wenn sich dies bewährt, so hätten wir es mit einem großartigen Fortschritte auf dem Gebiete des Buchdrucks zu th

L. J. Goldberg's

Weihnachts-Ausverkauf

beginnt Montag, den 3. December cr.

Specielles Verzeichniß der zurückgesetzten Artikel wird gerne verabsolgt und auf die beigefügten Rabatt-Coupons besonders aufmerksam gemacht.

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, den 2. Decbr., Vorm. 10 Uhr
im Gewerbehause, Predigt Dr. Prediger
Rödner.

Allschottländer Gemeinde.

Die auf Sonntag, den 2. d. Mts.
anberaumt gewesene

General-Versammlung
wird auf Montag, den
3. d. Mts., Abends 6 Uhr
verlegt und findet im oberen Saale
des Gewerbehaußes statt.

Tagesordnung:

- Wahl eines Rabbiners,
 - Aufstellung eines Synagogendieners.
- (400)

Der Vorstand.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute 5½ Uhr Nachmittags
endete saust im 71 Jahre das
segensreiche Leben unserer un-
vergleichlichen Mutter, Schwieger-
mutter und Großmutter, Frau
Julie Henriette Hoffmann,
geb. Tessler.

Danzig, d. 30. November 1877.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Gestern starb unser kleiner Carl.
Er folgte seinem vor vier Wochen voran-
gegangenen Zwillingsschwestern.

Strohdeich, den 1. December 1877.

Louis Duske und Frau.

Nach langem schwerem Leiden ent-
schiede heute unser liebster Vater,
Onkel und Großvater
Abraham Hirsch Steinfeld
im 72. Lebensjahr.

Salomon Hirschfeld
im Namen der Hinterbliebenen.
Berlin, den 30. November 1877.

Musikalien-Liehanstalt
Alex. Goll,
Gr. Gerbergasse 10.

Abonnement v. 2 M. an ohne Prämie.
Abonnement v. 3 M. an mit Prämie.

Petroleum-Meß-
Apparate,
geachtet, empfohlen
Emil A. Baus.

Bierluftdruck-
Apparate
in größerer Auswahl, alte, auch von mir
nicht gelieferte Apparate werden billig
repariert.

Emil A. Baus,
7. Gr. Gerbergasse 7.
Reparatur-Werkstatt 3. Damm 17.

Das Allerneuste!
Patentirte
Geld-Sortirer
für öffentliche Kassen,
Bureaux, Comtoire,
Material-Geschäfte,
Apotheken &c. &c.
offenbart (364)
Emil A. Baus,
Gr. Gerbergasse 7.

Delikat Gänsebrüste a 16 Sgr.
Fette Gänse a 5½ Sgr
Neh, Nehzimmer, Nehzellen
Hosen, fette Puten
empf. die Wild- & Delicates-Handlung
C. M. Martin.

Extra feinen Astrachaner
Perl-Caviar in Original-
fassern und ausgewogen,
empfiehlt billig
C. M. Martin.

Gründl. Handarbeitsunterricht wird in
Privat-Circeln ertheilt. Melbungen
Breitgasse 117 erbeten. (350)

Ein sehr gut. mah. Flügel i. w. Ortsverän-
derung g. b. zu verl. Frängasse 29.

Der diesjährige Weihnachts-Ausverkauf wollener und halbwollener Kleiderstoffe

enthält
eine große Partie Noben à Mark 4,50, Mark 5, Mark 6, Mark 7 &c.,
Barèges, Lenos, Mozambiques à Mrk. 45, 50, 60, 70, 90 Pf. &c.,
120 Em. breite schwarze Cashemires à Mrk. 1,50, Mrk. 1,80,
reinwollene Rippe à Mrk. 1, Mark 1,10, Mark 1,20 &c.,
reinseidener und Irish Popelins bedeutend unter dem Einkaufspreise.

S. Hirschwald & Co., Langgasse No. 79.

Leop. Laasner, Uhrmacher,

Danzig, 2. Damm No. 6,

empfiehlt zu Weihnachts-Einkäufen sein großes Lager

Genfer Taschen-Uhren

in Gold und Silber mit und ohne Remontoir, sowie

Pendulen in Bronze und Marmor.

Eine sehr grosse Auswahl Regulateure in allen Holzarten, Schwarzwälder Wand-Uhren, Wecker, Nachtuhren etc.

Gleichzeitig mache auf mein großes Lager Schweizer Musikwerke aufmerk-
sam, welche zur geneigten Ansicht des hochgeehrten Publikums stehen.

Wilhelm-Theater

Langgarten 31.

Sonntag, den 2. December 1877:

Große

humoristische Vorstellung.

Aufreten des gesamten Personals.

Gastspiel der englischen Duettistinnen

Sisters Lotty & Lilly Walton.

Aufreten der beiden Soubretten Fr. Otto und Fr. Violetta,

der drei Komiker Herren Otto, Tholen u. Grossi,

der Wiener Volksängerin Fr. Carolia,

sowie der Chansonnentänzerin Fr. Suhr,

der berühmten Künstler- und Clodoches, Tänzer-Gesellschaft Bourbonnel-Folchini.

2. Aufreten der Solo-Tänzerin Fr. Leon.

Erstes Aufreten des berühmten Afrikanischen Tenorsängers

Mr. Alexander Bogel, aus Tunis,

größte Specialität seines Genres.

Kasseneröffnung: Sonntag 4 Uhr. Anfang des Concerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

Wochenende 6½ Uhr. Anfang des Concerts 7½ Uhr, der Vorstellung 7¾ Uhr

Montag, den 3. December cr.:

Große Vorstellung.

Aufreten des gesamten engagirten Personals.

Donnerstag, den 6. December 1877:

Benefiz-Vorstellung

für die Gesellschaft Bourbonnel-Folchini.

Die allergrößte

Schuh- und Stiefel-Fabrik

von

Max Landsberg,

77, Langgasse 77,

bietet ihren gebräten Abnehrern in Bezug auf Solidität der Arbeit, des ver-
wendeten Rohmaterials und großartiger Auswirkung die größten Vortheile u.
ist durch bedeutende Einkäufe für Baar ganz besonders im Stande, guisende

Schuhe und Stiefel

für Herren, Damen und Kinder
von den einfachsten bis elegantesten Sorten so billig wie Niemand am hiesigen Platze
abzugeben. — Ich empfehle daher mein Lager zur gefälligen Benutzung

ganz ergebnst

Max Landsberg, 77, Langgasse 77.

77)

ist jetzt in

größerer Anzahl vorrätig und empfiehlt dasselbe ganz ergebnst.

Victor Lietzau,

Optisches und mechanisches Institut und Fabrik für Handtelegraphie,

Danzig, Brodäuten- und Pfaffengasse Ecke 42.

(288)

Anfang 6 Uhr. Eintritt 30 S.

R. Heßlein.

Kaufmännischer Verein.

Mittwoch, den 5. c. Geschäftliche
Mittheilungen, Vorbesprechungen über
die am 19. c. stattfindende Vorstandswahl.

(309)

Concert

zum Besten
des Armen- & Krankenvereins

am Dienstag, den 4. December cr.,
Abends 7 Uhr,

im Apollo-Saal des Hotel du Nord
unter gütiger Mitwirkung geehrter Dilletanten,
des Fräulein Elisabeth Blech, des
Opernsängers Herrn Glomme und des
Cellisten Herrn Fritz Stade.

1) Mendelssohn, op. 49 Trio d-moll.

2) Franz, R. Widmung.

3) Mendelssohn, Frühlingslied.

4) Hiller, op. 84. Drei Gesänge.

a. Harald Haarfager.

b. Des Harfner's Lied.

c. Soldatenliebe.

5) Schumann, op. 122 No. 1. Ballade vom

Haidenhafen. Declamation mit Begleitung.

6) Meyerbeer, Segen-Arie aus dem Prophet.

a. Sarabande von S. Bach | für

b. Ave Maria v. Fr. Schubert Violoncello.

7) a. Mattei, Non s'er.

b. Jensen, Margreth am Thore.

8) a. Schubert, Fischermädchen.

b. Hofmann, Vergiß mein nicht.

c. Schumann, An den Sonnenchein.

9) a. Franz, op. 1 No. 1. Ihr Auge.

b. Schumann, Über'm Garten ic.

Numerirte Plätze à 2 M. Stehplätze
à 1 M. sind in der Musicalien-Handlung des

Herrn Constantin Ziemssen, Lang-

gasse 77, zu haben.

(103)

Restaurant Punsche.

Jopengasse 24.

Herrn Abend:

Königsberger Niederseck.

Roell's Restaurant

und
Kaffeehaus in Jölskenthal.

Sonntag, den 2. Decbr., Nachm. 4 Uhr:

CONCERT.

Eintritt 30 S., Kinder 10 S., Loge 50 S.

H. Buchholz.

Friedrich-Wilhelm-
Schützenhaus.

Sonntag, den 2. December cr.:

Großes CONCERT.

Eintritt: Große Loge 50 S., Saal und Kleine

Loge 30 S. pro Person. Kinder die Hälfte.

Anfang 6 Uhr.

S. Landenbach.

Stadt-Theater.

Sonntag, den 2. December. (4. Ab. No. 1).

Die Reise durch Berlin in 80
Stunden. Gefangensppo in 3 Acten
und 7 Bildern von Salinger, Musik
von G. Leibhardt.

Montag, den 3. Decbr. (4. Abonn. No. 2).

Oberon. Romantische Oper in 3 Acten
von Weber. Musik von C. W. Weber.

Donnerstag, den 4. Decbr. (4. Abonn. No. 3).
Rossmilier u. Fünfe oder Acht-
macht. Lustspiel in 5 Acten von Dr.

Carl Töpfer.

Mittwoch, den 5. Decbr. (4. Abonn. No. 4).
Die Fledermaus. Komische Oper in
3 Acten von Johann Strauß.

Donnerstag, den 6. Decbr. (4. Abonn. No. 5).
Zum ersten Male: Mann und Weib.
Schwanz in 4 Acten von Wilib.
Collins. Hierauf: Recept gegen
Schwangerheit. Lustspiel in 1 Act.

Freitag, den 7. Decbr. (4. Abonn. No. 6).

Die weiße Dame. Oper in 3 Acten
von Boieldieu.

Sonntag, d. 8. December. (Abonn. susp.)

Zu halben Preisen: Wiel Pärn

um nichts. Lustspiel in 3 Acten, für

die Bühne bearbeitet von Holtei.

Große Weihnachtsfeiern

schönd und stückweise empföhle,

Albert Meck, Seiligegeist.

gasse 29.

Bekluge zu Nr. 10684 der Danziger Zeitung.

Danzig, 1. Dezember 1877.

Danzig, 1. Dezember.

* Das heutige "Amtsblatt" der hiesigen kgl. Regierung enthält das unterm 15. October vom Kaiser bestätigte Statut der Fischerei-Genossenschaft für die Stettiner Lände im Kreise Elbing.

* Das Directorium der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft hat beschlossen, auch in diesem Jahre die bisher üblich gewesene Weihachtsunterstützung ihren Beamten zu gewähren. Bei den Beamten, welche bis incl. 600 M. Gehalt nebst Servis beziehen und bei den Diäten beträgt der angewiesene Betrag je 40 M., bei den übrigen Beamten exkl. der I. und II. Rangklasse 5 M. des Gehaltes einschließlich des Servises. Die im Jahre 1876 angewiesene Weihnachtsunterstützung ergab die Summe von 170 405 M. 41 Pf.

* Der Cultusminister hat eine Verfügung an die Bezirks-Regierungen erlassen, wonin dieselben aufgefordert werden, die Vorstände der größeren öffentlichen Krankenhäuser auf die vielfach und auch in der Verammlung deutscher Naturforscher und Aerzte zum Ausdruck gebrachte Ansicht aufmerksam zu machen, die es als wünschenswert bezeichnet, daß den jungen Aerzten in möglichst ausgedehntem Maße die Gelegenheit geboten werde, nach überstandener Staats-Prüfung während eines längeren Zeitraums in größeren Krankenhäusern als Hilfsärzte thätig zu sein und auf diese Weise unter der Aufsicht und der Leitung der erfahrenen Oberärzte die auf der Universität erworbenen Kenntnisse praktisch zu üben, ehe sie in die selbstständige Praxis eintreten. Die betreffenden Vorstände sollen zur Neuerung darüber veranlaßt werden, ob und eventuell unter welchen Moditäten sie solche ärztliche Hilfsarbeiter in ihren Anstalten einzulassen bereit sein würden.

* Die Bestimmung des § 10 des preuß. Vereinsgesetzes, daß Wallfahrten, wenn sie in der "hergebrachten Art" stattfinden, einer vorgängigen Genehmigung der Polizeibörde und selbst einer Auseige nicht bedürfen, macht nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 8. November 1877 keinen Unterschied zwischen Wallfahrten im Inlande und nach dem Auslande, sondern macht ganz allgemein die Zulässigkeit der Wallfahrten ohne vorgängige polizeiliche Genehmigung davon abhängig, daß sie in der hergebrachten Art stattfinden. Ferner hat das Ober-Tribunal in demselben Erkenntniß angeprochen, daß der Begriff einer Wallfahrt im Sinne des preußischen Vereinsgesetzes das Merkmal eines feierlichen Aufzuges nach einem entfernten mit einem Marien- oder anderen Heiligenbild versehenen Orte in sich schließt, daß aber dieser Aufzug nicht nothwendiger Weise auf dem ganzen Wege nach dem Gnadenorte hin stattfinde.

Hörten-Depeschen der Danziger Zeitung.

Am sterdam, 30. Novbr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht). Weizen auf Termine höher, vor November 330, vor März 317. — Roggen loco behauptet, auf Termine fest, vor März 191, vor Mai 194. — Raps. — Rübbi loco 42%, vor Herbst 42%. — Wetter: Regen.

Wien, 30. Novr. (Schlußcourse.) Papierrente 63,50, Silberrente 66,90, Österreichische Goldrente 74,50, Ungarische Goldrente 92,15, 1854r. Loope 109,00, 1860er Loope 112,50, 1864er Loope 140,20, Creditloose 164,50, Ungar. Prämienloose 80,20, Creditactien 209,70, Franzosen 260,00, Lomb. Eisenbahn 77,25, Galtzien 244,75, Roschau-Oberberg 99,50, Barbud. 90,50, Kred. Westb. 107,25, Gültabahn 161,00, Norrbank 194,00, Nationalbank 80,00, Türkische Loope 14,60, Unionbank 62,25, Anglo-Austria 91,25, Deutsche Plätze 58,00, Londoner do. 119,00, Pariser do. 27,55, Amsterdamer do. 98,25, Napoleon 9,52%, Dukaten 5,64, Silbercoupons 105,50, Marktnote 68,72%.

Londou, 29. Novbr. Bananenweiss. Totalreserve 11 547 000, Notenlauf 26 764 000, Baarvorrvvare 22 312 000, Portefeuille 17 054 000, Guth. der Prib. 20 376 000, Guth. des Staates 3 864 000, Notenreserve 10 654 000, Regierungssicherheit 13 578 000 Pf. St.

Londou, 30. Novr. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Fremde Aufburen seit gestern Montag: Weizen 52 110, Gerste 4460, Hafer 35 140 Öst. — Weizen unverändert, angelommene Ladungen williger. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft unverändert. — Wetter: Nachregen.

Londou, 30. Novr. (Schluß-Courte.) Cour-

sois 97%, 5% Italienische Rente 72%.

Zombarde 6%. 3% Lombarden-Prioritäten alte 9%.

3% Lomb. Prior. neue 9. 5% Russen do. 1871

79%. 5% Russen do. 1872 79. Silber 54. Türkische

Prämie de 1865 10. 5% Türken do. 1869 10%.

5% Vereinigte Staaten do. 1855. — 5% Ber-

eiung 107. 5% fundierte 107. Österreichische

Silberrente 57. Österreichische Papierrente 53.

5% ungar. Schabaud 97%. 6% ungarische Galt-

bond 2. Emission 87%. 6% Pernar 12%. Spanier

126. 5% Russen de 1873 80%. — Wechselnotierungen:

Berlin 20,67. Hamburg 3 Monat 20,67. Frankfurt

24%. Blaufiscus 34%.

Paris, 30. Novbr. (Schlußbericht) 3% Rente

71,75, Anleihe de 1872 107,12%. Italienische 5% Rente

73,5%. Österreich. Goldrente 63,45. Ungarische Gol-

rente — Franzosen 55,6,25, Lombardische Eisenbahn-

Aktien 163,75, Lombardische Prioritäten 232,00, Türke-

do. 1865 10,22%. Türken de 1869 49,00, Türkentoose

32,00, Credit mobilier 153, Spanier exter. 12%, do.

inter. 12%. Suezkanal-Aktien 701, Banque ottoman-

363, Société générale 461, Credit foncier 641, neue

Gebiete 166, Wechsel auf London 25,17. — Fest und

belebt. Schluß höher.

Paris, 30. Novbr. Productenmarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Januar-Februar 32,25, vor März-April 32,25. Mehl-

matt, vor November 68,60, vor Dezember 68,50,

vor Januar-Februar 68,75, vor März-April 68,75.

Rübbi fest, vor November 95,75, vor Dezember 95,75,

vor Januar-April 97,00, vor Mai-August 96,00. —

Spiritus matt, vor November 58,25, vor Januar-

April 59,75.

Antwerpen, 30. Novbr. Getreidemarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Januar-Februar 32,25, vor März-April 32,25. Mehl-

matt, vor November 68,60, vor Dezember 68,50,

vor Januar-Februar 68,75, vor März-April 68,75.

Rübbi fest, vor November 95,75, vor Dezember 95,75,

vor Januar-April 97,00, vor Mai-August 96,00. —

Spiritus matt, vor November 58,25, vor Januar-

April 59,75.

Antwerpen, 30. Novbr. Getreidemarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Januar-Februar 32,25, vor März-April 32,25. Mehl-

matt, vor November 68,60, vor Dezember 68,50,

vor Januar-Februar 68,75, vor März-April 68,75.

Rübbi fest, vor November 95,75, vor Dezember 95,75,

vor Januar-April 97,00, vor Mai-August 96,00. —

Spiritus matt, vor November 58,25, vor Januar-

April 59,75.

Antwerpen, 30. Novbr. Getreidemarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Januar-Februar 32,25, vor März-April 32,25. Mehl-

matt, vor November 68,60, vor Dezember 68,50,

vor Januar-Februar 68,75, vor März-April 68,75.

Rübbi fest, vor November 95,75, vor Dezember 95,75,

vor Januar-April 97,00, vor Mai-August 96,00. —

Spiritus matt, vor November 58,25, vor Januar-

April 59,75.

Antwerpen, 30. Novbr. Getreidemarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Januar-Februar 32,25, vor März-April 32,25. Mehl-

matt, vor November 68,60, vor Dezember 68,50,

vor Januar-Februar 68,75, vor März-April 68,75.

Rübbi fest, vor November 95,75, vor Dezember 95,75,

vor Januar-April 97,00, vor Mai-August 96,00. —

Spiritus matt, vor November 58,25, vor Januar-

April 59,75.

Antwerpen, 30. Novbr. Getreidemarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Januar-Februar 32,25, vor März-April 32,25. Mehl-

matt, vor November 68,60, vor Dezember 68,50,

vor Januar-Februar 68,75, vor März-April 68,75.

Rübbi fest, vor November 95,75, vor Dezember 95,75,

vor Januar-April 97,00, vor Mai-August 96,00. —

Spiritus matt, vor November 58,25, vor Januar-

April 59,75.

Antwerpen, 30. Novbr. Getreidemarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Januar-Februar 32,25, vor März-April 32,25. Mehl-

matt, vor November 68,60, vor Dezember 68,50,

vor Januar-Februar 68,75, vor März-April 68,75.

Rübbi fest, vor November 95,75, vor Dezember 95,75,

vor Januar-April 97,00, vor Mai-August 96,00. —

Spiritus matt, vor November 58,25, vor Januar-

April 59,75.

Antwerpen, 30. Novbr. Getreidemarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Januar-Februar 32,25, vor März-April 32,25. Mehl-

matt, vor November 68,60, vor Dezember 68,50,

vor Januar-Februar 68,75, vor März-April 68,75.

Rübbi fest, vor November 95,75, vor Dezember 95,75,

vor Januar-April 97,00, vor Mai-August 96,00. —

Spiritus matt, vor November 58,25, vor Januar-

April 59,75.

Antwerpen, 30. Novbr. Getreidemarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Januar-Februar 32,25, vor März-April 32,25. Mehl-

matt, vor November 68,60, vor Dezember 68,50,

vor Januar-Februar 68,75, vor März-April 68,75.

Rübbi fest, vor November 95,75, vor Dezember 95,75,

vor Januar-April 97,00, vor Mai-August 96,00. —

Spiritus matt, vor November 58,25, vor Januar-

April 59,75.

Antwerpen, 30. Novbr. Getreidemarkt. Weizen

ruhig, vor November 35,50, vor Dezember 32,25, vor

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 29. November 1877 ist am 30. November 1877 in unter Procureregister unter Nr. 300 eingetragen: daß die dem Otto Carl Gottfried Kluge zu Danzig ertheilte Procura zur Zeichnung der unter Nr. 580 in unter Firmenregister eingetragenen Firma Hugo Stortenbeit erfolchen ist. Danzig, den 29. November 1877. Königl. Commerz- u. Admiralitäts-Collegium. (348)

Concurs-Öffnung.

Königliches Kreisgericht zu Granden, Erste Abteilung.

den 30. November 1877, Vormittags 10 Uhr. Über das Vermögen der Frau Marie Mannheim geb. Käckel, Inhaberin der Handels-Firma M. Mannheim hier ist der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 11. Juli 1877 festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Fasse ist der Kaufmann Gustav Goth hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den

10. December er.

Vormittags 11 Uhr, in dem Verhandlungszimmer Nr. 17 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Kommissar Herrn Kreisgerichtsrath Neustadt anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Belebung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters, sowie darüber abzugeben, ob ein einstweiliger Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien.

Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verübeln, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabselben oder zu zahlen; vielmehr von dem Besitzer der Gegenstände bis zum 1. Januar 1878 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Fasse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Concursmasse abzuliefern.

Pfandinhaber oder andere, mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Fasse Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 10. Januar 1878, einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Belebung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen sowie nach Besinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 23. Januar 1878,

Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar zu erscheinen.

Nach Ablösung dieses Termins wird gegebenenfalls mit der Verhandlung über den Auftrag verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abchrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen.

Wer dies unterläßt, kann einen Beschluss aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht ansetzen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Mangelsdorf und v. Werner, Justizräthe Gömöri und Schmidt zu Sachwalder vorgezogenen.

(381)

Bekanntmachung.

In dem Concuse über das Vermögen des Kaufmanns Franz Knaak zu Culm haben nachträglich Forderungen angemerkt: 1. die Gerichtskasse Bromberg mit dem Vorberg, 1 Mt. 50 Pf. (recht des § 78 2. die Gerichtskasse Culm der Concurs 12 Mt. 60 Pf.) Oroning. 3. Der Mineralwasser-Fabrikant Sauer in Bromberg 95 Mt. 4. die verwitwete Rentier M. ohne Gorska in Culm 45 Mt. 70 Pf. Vorrecht. 5. der Besitzer Michael Blech in Blotto 171 Mt. 50 Pf.) Der Termin zur Prüfung dieser Forderungen ist auf den

23. Dezember 1877,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar, Terminzimmer Nr. 5, anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen ange meldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Culm, den 28. Nov. 1877.

Kgl. Kreis-Gericht.

Der Commissar des Concurses. (387)

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 21. November c. ist am 23. ejusd. die in Münsterwalde erreichte Handelsniederlassung des Kaufmanns Ferdinand Witting ebendieselbst unter der Firma:

Ferdinand Witting in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 246 eingetragen.

Ferner ist bei der derselbst unter Nr. 185 eingetragene gleichen Firma in Colonne 6 vermerkt, daß der Ort der Niederlassung nach Münsterwalde verlegt ist.

Marienwerder, den 23. November 1877. Königl. Kreisgericht. Erste Abteilung. (310)

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen höhern Töchterschule ist die erste Lehrerstelle, mit der einige kirchliche Leistungen verbunden, vacant und soll sofort durch einen Kandidaten der Theologie mit der Facultas concionandi und der Qualification für Mittelschulen, besetzt werden. Die Stelle hat ein Einkommen von

1800 Mt. aus der Schullasse und zu kirchlichen Emolumenten circa 210 Mt. Qualifizierte Bewerber sollen sich unter Einschaltung ihrer Bezeugnisse bis zum 15. December er. bei uns melden.

Osterode, den 16. Nov. 1877.

Der Magistrat.

27 Stück **Ruhholz** (Schwarzpappeln) in Längen von 10—43 Fuß und Durchmesser von 10—33 Zoll sollen

Mittwoch, den 5. Dezember er.
Nachmittags 3½ Uhr, im hiesigen Kurzgarten, öffentlich an den Meistbietenden gegen gäbebare Zahlung verkauft werden, wozu Kauflebhaber einzuladen. Boppot, d. 30. November 1877. (359)

Die Bade-Direction.

Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Aus dem Volksleben.

Scherz und Ernst in Bildern,

von Ludwig Richter.

Herausgegeben von Georg Scherer.

Eleg. cart. Preis 3 Mark.

Die Ammen-Uhr.

Aus des Raaben Wunderhorn.

In Holzschnitten nach Zeichnungen

von L. Bendemann, A. Ehhardt, J. Hübler,

J. Gehme, Th. von Oer, E. Puschel,

J. Rießel, J. Richter u. D. Wagner.

Zweite Ausgabe.

Eleg. cart. Preis 2 Mark.

Verlag von Alphons Dürr in Leipzig.

Conservirung von Fischen etc.

Für die von dem Unterzeichneten geschaffte und patentierte Erfindung Fleisch, Fische, Geflügel, Wildpfeß auf eine sogene, billige und der Gesundheit nicht nachtheilige Methode, im rohem Zustande so zu conserviren, daß es nach Wochen von dem frisch geschlagen nicht zu unterscheiden ist, werden Käufer gefunden.

Joh. Eckart
in München.

Goldfische,
sowie
Goldfischhalter, Gläser und Neße,
empfohlen in großer Auswahl
Robert Werwein,
Breitgasse 128/29. (18)

Neueste Sprech-Telegraphen (Telephons)

lieferst das Paar zu 10 Mark die Telephonen-Bau-Anstalt von Horn, Berlin SW., Hollmannstr. 35. (162)

Einen kleinen Posten

sein. Habanna-Cigarren
per Mille 60 Mark
empfohlen (346)

Carl Hoppenrath,
Danzig, I. Dammt 14.

Billards

in verschiedenen Größen und Farben, sowie Elfenbein-Bälle, Gummi-Hart-Bälle, Cueues, Regel bester Sorte, auch stets auf Lager bei E. Schulz, Elisabethkirchen 4. Auch werden daselbst alte Billards zum Umarbeiten und Renoviren angenommen.

(381)

Bekanntmachung.

Im Concuse über das Vermögen des Kaufmanns Franz Knaak zu Culm haben nachträglich Forderungen angemerkt: 1. die Gerichtskasse Bromberg mit dem Vorberg, 1 Mt. 50 Pf. (recht des § 78

2. die Gerichtskasse Culm der Concurs 12 Mt. 60 Pf.) Oroning.

3. Der Mineralwasser-Fabrikant Sauer in Bromberg 95 Mt.

4. die verwitwete Rentier M. ohne Gorska in Culm 45 Mt. 70 Pf. Vorrecht.

5. der Besitzer Michael Blech in Blotto 171 Mt. 50 Pf.)

Der Termin zur Prüfung dieser Forderungen ist auf den

23. Dezember 1877,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar, Terminzimmer Nr. 5, anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen ange meldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Culm, den 28. Nov. 1877.

Kgl. Kreis-Gericht.

Der Commissar des Concurses. (387)

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 21. November c. ist am 23. ejusd. die in Münsterwalde erreichte Handelsniederlassung des Kaufmanns Ferdinand Witting ebendieselbst unter der Firma:

Ferdinand Witting in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 246 eingetragen.

Ferner ist bei der derselbst unter Nr. 185

eingetragene gleiche Firma in Colonne 6

vermerkt, daß der Ort der Niederlassung nach Münsterwalde verlegt ist.

Marienwerder, den 23. November 1877.

Königl. Kreisgericht.

Erste Abteilung. (310)

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 21. November c.

ist am 23. ejusd. die in Münsterwalde erreichte Handelsniederlassung des Kaufmanns Ferdinand Witting ebendieselbst unter der Firma:

Ferdinand Witting in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 246 eingetragen.

Ferner ist bei der derselbst unter Nr. 185

eingetragene gleiche Firma in Colonne 6

vermerkt, daß der Ort der Niederlassung nach Münsterwalde verlegt ist.

Marienwerder, den 23. November 1877.

Königl. Kreisgericht.

Erste Abteilung. (310)

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 21. November c.

ist am 23. ejusd. die in Münsterwalde erreichte Handelsniederlassung des Kaufmanns Ferdinand Witting ebendieselbst unter der Firma:

Ferdinand Witting in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 246 eingetragen.

Ferner ist bei der derselbst unter Nr. 185

eingetragene gleiche Firma in Colonne 6

vermerkt, daß der Ort der Niederlassung nach Münsterwalde verlegt ist.

Marienwerder, den 23. November 1877.

Königl. Kreisgericht.

Erste Abteilung. (310)

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 21. November c.

ist am 23. ejusd. die in Münsterwalde erreichte Handelsniederlassung des Kaufmanns Ferdinand Witting ebendieselbst unter der Firma:

Ferdinand Witting in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 246 eingetragen.

Ferner ist bei der derselbst unter Nr. 185

eingetragene gleiche Firma in Colonne 6

vermerkt, daß der Ort der Niederlassung nach Münsterwalde verlegt ist.

Marienwerder, den 23. November 1877.

Königl. Kreisgericht.

Erste Abteilung. (310)

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 21. November c.

ist am 23. ejusd. die in Münsterwalde erreichte Handelsniederlassung des Kaufmanns Ferdinand Witting ebendieselbst unter der Firma:

Ferdinand Witting in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 246 eingetragen.

Ferner ist bei der derselbst unter Nr. 185

eingetragene gleiche Firma in Colonne 6

vermerkt, daß der Ort der Niederlassung nach Münsterwalde verlegt ist.

Marienwerder, den 23. November 1877.

Königl. Kreisgericht.

Erste Abteilung. (310)

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 21. November c.

ist am 23. ejusd. die in Münsterwalde erreichte Handelsniederlassung des Kaufmanns Ferdinand Witting ebendieselbst unter der Firma:

Ferdinand W